

Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und
Friedensforschung

Nr. 44

Martin Binder

**Der Einsatz von Söldnerfirmen durch
gewählte Regierungen –
eine „Antinomie des
Demokratischen Friedens“?**

Abteilung für Internationale Beziehungen/
Friedens- und Konfliktforschung
Institut für Politikwissenschaft
Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Adresse: Melanchthonstr. 36. D-72074 Tübingen

Telefon: +49 (0)7071 29-78372

Fax: +49 (0)7071 29-2417

Homepage: <http://www.uni-tuebingen.de/ib>

Copyright: Martin Binder

Tübingen 2004

ISBN 3-927604-41-0

Herausgeber: Volker Rittberger

Redaktion: Claudia Haas, Lisa Stengel

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Die Theorie des Demokratischen Friedens	2
2.1. Der Befund – ‚demokratischer Separatfrieden‘ oder ‚monadisches Revival‘?	2
2.2. Die Erklärung – Warum sind Demokratien friedlicher?	3
2.3. Alternative Erklärungsversuche	5
2.4. ‚Antinomien des Demokratischen Friedens‘	7
3. Forschungsdesign	10
3.1. Variablen und Operationalisierung	10
3.2. Methodische Probleme	12
4. Internationale Söldnerfirmen	13
4.1. Versuch einer Begriffsbestimmung	13
4.2. Das ‚neue‘ Söldnertum und der Markt der ‚privaten Sicherheit‘	14
4.2.1. Private Unternehmen als Akteure eines ‚neuen‘ Söldnertums	15
4.2.2. Die Expansion des Marktes der ‚privaten Sicherheit‘	19
4.3. Söldnerfirmen als außenpolitisches Instrument	20
4.3.1. Military Professional Resources Inc.	20
4.3.2. Sandline International	22
5. Fallstudien zum Einsatz privater Söldnerfirmen in Bosnien und Sierra Leone	23
6. Der Krieg in Bosnien-Herzegovina	24
6.1. Überblick über den Konfliktverlauf	24
6.2. Der Bosnienkrieg und die USA: Kostenstruktur und strategische Bedeutung	25
6.3. Die Bosnienpolitik der USA I: Die Clinton-Regierung und ‚ <i>Lift and Strike</i> ‘	26
6.4. Die Bosnienpolitik der USA II: Iranische Waffen und der Einsatz von MPRI	28
6.5. Die Bosnienpolitik der USA III: ‚ <i>Deliberate Force</i> ‘ und das Ende des Bürgerkrieges	30
6.6. Zusammenfassung	34
7. Der Krieg in Sierra Leone	35
7.1. Überblick über den Konfliktverlauf	36
7.2. Der Krieg in Sierra Leone und Großbritannien: Kostenstruktur und strategische Bedeutung	37
7.3. Die britische Sierra Leone Politik I: Der Sturz Kabbahs und der Einsatz Sandlines	38
7.4. Die britische Sierra Leone Politik II: Die ‚ <i>Arms-to-Africa</i> ‘-Affäre	41
7.5. Die britische Sierra Leone Politik III: Die Intervention im Mai 2000	41
7.6. Zusammenfassung	44
8. Schlussbetrachtung	45
Literaturverzeichnis	47

Abkürzungsverzeichnis

AFRC	Armed Forces Revolutionary Council
BRA	Bougainville Resistance Army
CH	Commons Hansard
CIA	Central Intelligence Agency
CQ	Congressional Quarterly
CRS	Congress Research Service
DF	Demokratischer Frieden
DGSE	Direction Générale de la Sécurité Extérieure
DIA	Defense Intelligence Agency
DSL	Defence Systems Limited
DTC	Directorate of Defense Trade Controls
ECOMOG	ECOWAS Military Observer Group
ECOWAS	Economic Community of West African States
EO	Executive Outcomes
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FN	Fußnote
IFOR	Implementation Force
IHT	International Herald Tribune
ITAR	International Traffic in Arms Regulations
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MPRI	Military Professional Resources Inc.
NRO	Nichtregierungsorganisation
NYT	New York Times
NZZ	Neue Züricher Zeitung
o.S.	ohne Seitenangabe (Online-Dokument)
PMC	Private Military Company
RUF	Revolutionary United Front
SAIC	Science Applications International Corporation
SAS	Special Air Services
SFOR	Stabilisation Force in Bosnia and Herzegovina
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone
UNDP	United Nations Development Programme
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
UNOMSIL	United Nations Observer Mission in Sierra Leone
UNPROFOR	United Nations Protection Force
WP	Washington Post

1. Einleitung

Während privaten Akteuren des internationalen Systems wie Nichtregierungsorganisationen, multinationalen Konzernen, aber auch Terroristen und Warlords viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, blieben die Aktivitäten international operierender Söldnerfirmen bislang weitgehend unbeachtet. Erst mit dem gegenwärtigen Krieg im Irak erfährt nun eine breite Öffentlichkeit von der Existenz solcher Firmen¹. In die Schlagzeilen gerieten die sogenannten *private military companies* (PMC), als sich herausstellte, dass ihre Mitarbeiter an der Misshandlung irakischer Gefangener beteiligt waren (FAZ, 4.5.2004: 5, Der Spiegel, 3.5.2004: 134ff.)².

Aber nicht erst im heutigen Irak spielen private Sicherheits- und Militärdienstleister eine wichtige Rolle, bereits seit dem Ende des Kalten Krieges nimmt deren Bedeutung stark zu. Die Anschläge vom 11. September und der anschließende ‚Krieg gegen den Terror‘ haben diesen Trend jedoch noch zusätzlich verstärkt: Kein anderes Gewerbe profitiert in so hohem Maße von den weltweit wachsenden, multiplen Schutzbedürfnissen wie die Branche der privaten Sicherheits- und Militäranbieter.

Ihren Kunden, zu denen Regierungen und Konzerne ebenso zählen wie Internationale Organisationen und NROs, bieten solche Firmen ein breitgefächertes Angebot an ‚Dienstleistungen‘. Die Palette reicht vom Schutz von Botschaften, Firmeninstallationen und Hilfskonvois über militärische Beratung und Trainingsprogramme bis hin zur direkten Teilnahme an Kampfhandlungen.

Die Disziplin der Internationalen Beziehungen schenkt dem ‚neuen‘ Söldnertum erst allmählich mehr Aufmerksamkeit. Vor allem in der angelsächsischen und französischen politikwissenschaftlichen Literatur liegen mittlerweile aber eine Reihe von Beiträgen zu diesem Thema vor. In Deutschland hingegen blieb das Auftauchen von Söldnerfirmen bisher weitgehend unberücksichtigt³.

Die Arbeiten zu den privaten Sicherheits- und Militäranbietern gruppieren sich vor allem um drei (eng verknüpfte) Themenbereiche: die Auswirkungen solcher Firmen auf das internationale System (Avant 1999, 2001; Shearer 1998a; Singer 2001/2), die Möglichkeiten einer Regulierung der Branche (Gaul 1998; Herbst 1999; Krahnemann 2003) und schließlich die Verwendung von Militärdienstleistern für (privatisierte) Friedensmissionen (Daniel 2002; Lilly 2000; O’Brien 1998; Spearin 2001). Der Einsatz der ‚neuen‘ Söldner ist dabei höchst umstritten: Während die Befürworter solcher Firmen in den PMCs ein legitimes und effizientes Instrument der

¹ In den Medien wurde zuletzt ausführlicher über dieses Phänomen berichtet, der Spiegel vom 3.5.2004 widmete den Söldnern sogar die Titelgeschichte.

² Auch die vier getöteten Amerikaner, deren Leichen in Falludscha öffentlich geschändet und an einer Euphratbrücke aufgehängt worden waren, arbeiteten für einen amerikanischen Sicherheitsanbieter (Der Spiegel, 3.5.2004: 137; taz, 8.4.2004: 3)

³ Beiträge in der deutschen Literatur beschränken sich im Wesentlichen auf Bendrath (1998), Büttner (2003), Lock (1998, 2001) und Ruf (1999). Jüngst machten jedoch auch Debiel (2003), Eppler (2002) und Münkler (2002) eine breitere Leserschaft auf dieses Phänomen aufmerksam.

internationalen Friedenssicherung sehen (wie etwa Brooks 2000; Howe 1998), warnen Kritiker vor den Gefahren dieser Entwicklung – der Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols, der Bedrohung der Völker- und Menschenrechte und der fehlenden demokratischen Kontrolle (zum Beispiel Ballesteros⁴ 1998, Banégas 1998; Silverstein 2000).

Im Gegensatz zu diesen Untersuchungen wird im vorliegenden Beitrag der bislang nicht näher untersuchten Frage nachgegangen, warum und unter welchen Bedingungen demokratische Regierungen Söldnerfirmen zur Erreichung außenpolitischer Ziele einsetzen.

Dazu soll eine der wichtigsten (liberalen) Theorien der Internationalen Beziehungen, die Theorie des ‚Demokratischen Friedens‘, fruchtbar gemacht werden, in deren Lichte der Einsatz von Söldnerfirmen als außenpolitisches Instrument *demokratischer* Regierungen bisher nicht untersucht worden ist.

Aus der Theorie des Demokratischen Friedens und mit Hilfe des Antinomien-Konzeptes (Müller 2002) soll zunächst eine fallspezifische Hypothese abgeleitet werden (Kapitel 2). Im Anschluss an die Darstellung des Forschungsdesigns (Kapitel 3) wird der internationale Markt des neuen Söldnertums beleuchtet (Kapitel 4) und anhand zweier Fallstudien die Hypothese auf ihre Plausibilität hin überprüft (Kapitel 5-7).

2. Die Theorie des Demokratischen Friedens

2.1. Der Befund – ‚demokratischer Separatfrieden‘ oder ‚monadisches Revival‘?

Die Theorie des Demokratischen Friedens ist eine der wichtigsten und bekanntesten Theorien der Internationalen Beziehungen und hat nicht nur innerhalb der Wissenschaft, sondern auch in der außenpolitischen Praxis eine erhebliche Wirkung entfaltet (Teusch/ Kahl 2001: 287f.). Im Unterschied zur realistischen Denkschule, für welche die Struktur des internationalen Systems staatliche Außenpolitik maßgeblich bestimmt, misst der Demokratische Frieden, als liberal angelegtes Forschungsprogramm, der inneren Verfasstheit der Staaten entscheidenden Einfluss auf deren Außenverhalten bei. Von der Theorie des Demokratischen Friedens liegen zwei Fassungen vor:

Die dyadische Version besagt, dass Demokratien (fast) keine Kriege *gegeneinander* führen. Anders ausgedrückt: Interagieren zwei demokratische Staaten, dann - und nur dann - ist Krieg (so gut wie) ausgeschlossen. Gegenüber anderen Regimen verhalten

⁴ Enrique Bernales Ballesteros ist seit 1987 Sonderberichterstatler der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen. In seinen jährlich erscheinenden Berichten informiert er über weltweite Söldneraktivitäten. Für den jüngsten Bericht siehe ([www.hri.ca/fortherecord2003/documentation/commission/e-cn4-2003-4.htm] Accessed 2004-7-2).

sich Demokratien jedoch ebenso kriegerisch wie Nicht-Demokratien. In der Literatur ist deshalb häufig vom „Doppelbefund“ oder „dyadischen Separatfrieden“ die Rede. Nach der monadischen Variante sind Demokratien hingegen *generell* friedlicher als Nicht-Demokratien – und zwar unabhängig von der Herrschaftsform ihres Interaktionspartners.

Während die dyadische Theorievariante heute weithin akzeptiert ist - Levy (1988: 622) hat den Frieden zwischen Demokratien sogar zum vielzitierten „einzigen empirischen Gesetz“ der Internationalen Beziehungen erkoren - galt die monadische Theorievariante lange als Minderheitenmeinung⁵. Aufgrund verbesserter methodischer Studien schließen sich in letzter Zeit aber mehr und mehr Forscherinnen und Forscher der These einer generell höheren Friedfertigkeit demokratischer Staaten an (siehe MacMillan 2003; Ray 2000: 300-304; Russett/ Oneal 2001: 50, 116; Russett/ Starr 2000: 96f.).

2.2. Die Erklärung - Warum sind Demokratien friedlicher?

Wie führt Demokratie nun zu dem behaupteten friedliche(re)n Außenverhalten? Hier liegen mehrere Erklärungsversuche vor, die für die monadische und dyadische Analyseebene weitgehend identisch sind. Sie werden in der Literatur meist als ‚normativ-kulturell‘ und ‚strukturell-institutionalistisch‘ bezeichnet und beinhalten utilitaristische, konstruktivistische und institutionalistische Argumente.

Normativ-kulturelle Modelle basieren auf der Annahme, dass Normen wie Gewaltabneigung, die friedliche Lösung von Konflikten durch Kompromiss, die Achtung des Gesetzes, der Respekt der Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten in der (politischen) Kultur demokratischer Gesellschaften tief verwurzelt sind. Unter der Führung demokratisch legitimierter Entscheidungsträger externalisieren Staaten Normen des innerstaatlich gewaltfrei ausgetragenen politischen Wettbewerbs in der Interaktion mit anderen Staaten (Maoz/ Russett 1993: 625). Zwang und Gewalt als Modi der Konfliktlösung sind in demokratischen Gesellschaften hingegen verpönt (Elman 1997: 15). Ist der Einsatz militärischer Gewalt dennoch unausweichlich, wird das Risiko eigener (und zunehmend auch fremder) Verluste zu minimieren versucht (Müller 2002: 57; Russett 1996: 90) – zum Teil unter immensen finanziellen Kosten.

Strukturell-institutionalistische Erklärungsmodelle führen rationalistische Argumente und die gewalthemmende Wirkung von Strukturen und Institutionen der politischen Systeme demokratischer Staaten an (checks and balances, Gewaltenteilung, etc.) (Russett 1996: 100). Die komplexen Institutionengefüge und die Notwendigkeit, eine breite Zustimmung für den Einsatz militärischer Gewalt zu mobilisieren, verzögern den Eskalationsprozess von Konflikten zu handfesten militärischen

⁵ Die monadische Version wurde zunächst nur von Rummel (1983, 1995), dann auch von Autoren wie Benoit (1996) und Siverson (1995) vertreten.

Auseinandersetzungen. Damit bleibt Zeit, eine gesellschaftliche Opposition gegen einen Waffengang zu organisieren und zu friedlichen Lösungen zu finden (Nielebock 1993: 190).

Wie bereits Kant im Ersten Definitivartikel seiner Schrift *Zum Ewigen Frieden* deutlich macht, sind die Bürgerinnen und Bürger liberaler Gesellschaften in erster Linie an der Mehrung ihres Wohlstandes interessiert und scheuen deshalb die finanziellen und humanitären Kosten eines Waffenganges. Und weil sie an Entscheidungsprozessen partizipieren, fangen sie das vielzitierte „schlimme Spiel“ des Krieges erst gar nicht an (Kant 1984 [1795]: 13; Czempiel 1996: 79; Müller 2002: 53f.).

Die gesellschaftliche Wohlfahrtsorientierung und Risikoaversion wirken wiederum auf das Kalkül der politischen Entscheidungsträger, die am Erhalt ihrer politischen Macht interessiert sind. Bei außenpolitischen Misserfolgen drohen aber Sanktionen oder – in den Worten Fearons (1994) – *audience costs*⁶ durch die Wählerschaft, die politische Opposition oder die Medien. Aus diesem Grund sind sie bei der Androhung oder beim Einsatz militärischer Gewalt zur Erreichung außenpolitischer Ziele äußerst zurückhaltend und bemühen sich - insbesondere bei riskanten außenpolitischen Entscheidungen - um eine breite gesellschaftliche Unterstützung (Maoz/ Russett 1993: 626). Dabei ist besonders die Zustimmung und Befriedigung der sogenannten *winning coalition*, also derjenigen Gruppen, von denen die Macht eines Amtsinhabers abhängt, unerlässlich (Bueno de Mesquita et al. 1999: 793). Die Tatsache, dass diese *winning coalitions* in Demokratien größer sind als in Nichtdemokratien - in letzteren genügt für das politische Überleben eines Führers die Bedürfnisbefriedigung einer kleinen Personengruppe - wird als weiterer Grund für die höhere Friedfertigkeit demokratischer Regime angeführt.

Schließlich zeichnen sich demokratische Regime auch durch ihre hohe Transparenz aus : „The openness of its political processes and the vast amount of economic political and social information which is public and general available is a prerequisite for democracy“ (Starr 1997: 156). Transparenz und die Garantie demokratischer Grundfreiheiten (Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit etc.) sind dabei nicht nur Grundvoraussetzung für den regulierten politischen Wettbewerb im Inneren. In der Interaktion mit anderen (demokratischen) Staaten sorgt die Transparenz dafür, dass liberale Regime sich als solche auch wahrnehmen können.

⁶ Fearon (1994) argumentiert, dass demokratische Entscheidungsträger bei außenpolitischen Misserfolgen *audience costs* generieren, etwa wenn der Einsatz militärischer Gewalt angedroht, diese Drohung dann aber nicht wahr gemacht wird. Weil *audience costs* in Demokratien prinzipiell höher sind als in Nicht-Demokratien, können demokratische Entscheidungsträger ihre Entschlossenheit zur Konflikteskalation glaubhafter signalisieren. Umgekehrt sind sie dafür bei der Androhung militärischer Gewalt zurückhaltender.

Nun sind diese Erklärungsversuche in der Forschergemeinde keineswegs unumstritten. Mit Blick auf den strukturell-institutionellen Ansatz bleibt etwa offen, warum sich die gewalthemmende Wirkung demokratischer Strukturen und Institutionen allein auf Konflikte zwischen Demokratien beschränkt, nicht aber auf Auseinandersetzungen zwischen Demokratien und Nichtdemokratien (Hasenclever 2003: 200f.). Es wird zudem überzeugend eingewendet, dass auch das Kosten-Nutzen-Kalkül wohlfahrtsorientierter Bürgerinnen und Bürger unter bestimmten Umständen *zugunsten* eines Waffenganges ausschlagen kann, wenn nämlich die Kosten eines kurzen, mit modernsten Technologien geführten Krieges gering gehalten oder die Risiken auf Berufsarmeen abgewälzt werden können (Geis 2001: 287; Müller/Schörnig 2001).

Gegen normativ-kulturelle Erklärungsversuche wiederum sprechen die von Demokratien geführten Kolonialkriege nach dem Zweiten Weltkrieg (Hasenclever 2003: 209) oder die Interventionen demokratischer Großmächte gegen Kleinststaaten, die in keiner Hinsicht eine militärische Bedrohung darstellten (Czempiel 1996: 82). Und trotz gemeinsamer Werte zeigt sich, dass Demokratien auch untereinander nicht gänzlich auf den Einsatz militärischer Gewalt verzichten. Davon zeugen *militarized interstate disputes* zwischen demokratischen Staaten ebenso wie Interventionen (Kegley/ Hermann 1996) und der Einsatz verdeckter Operationen (Forsythe 1992; James/ Mitchell 1995) demokratischer Regime gegen ihresgleichen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sowohl Normen als auch Strukturen und Institutionen einen signifikanten Einfluss auf das Außenverhalten demokratischer Staaten ausüben. Dieser Befund wird in zahlreichen Studien hinlänglich belegt. Auf die Frage wie *genau* dies geschieht, hat die Forschergemeinde des Demokratischen Friedens bisher aber keine befriedigende Antwort geben können (Geis 2001: 293) – die Theorie bleibt in der Frage ihrer Wirkmechanismen und Kontextbedingungen somit weiterhin unterspezifiziert.

Vorausgesetzt, der Trend zur monadischen These einer generell höheren Friedfertigkeit demokratischer Regime bestätigte sich - und vieles spricht dafür - müsste also gezeigt werden, wie demokratische Normen und Strukturen die Gewaltanwendung generell erschweren, die Eskalation der Gewalt zwischen Demokratien über die Kriegsschwelle hinaus (fast immer) verhindern, gleichzeitig aber weniger stark wirken, wenn demokratische Regime auf Nicht-Demokratien treffen.

2.3. Alternative Erklärungsversuche

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Unzulänglichkeiten der erwähnten Ansätze wurde intensiv nach alternativen Erklärungen für die auffällige Abwesenheit von Krieg zwischen Demokratien gesucht. Ein besonders wichtiger Alternativerklärungsversuch ist dabei die friedensfördernde Wirkung internationaler

Institutionen. Von vielen Autoren wurde bereits auf die auffallend hohe Neigung demokratischer Staaten hingewiesen, sich in internationalen Organisationen zusammenzuschließen und Regime zu bilden (z.B. Rittberger 1987: 9f.; Shanks et al. 1996: 615ff.). Russett/ Oneal (2001: 173) kommen nun in einer neueren quantitativen Untersuchung erstmals zu dem statistisch signifikanten Ergebnis, dass die Mitgliedschaft in solchen Institutionen auch die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konflikts verringert.

Halten sich Demokratien aber auch in besonderem Maße an Beschlüsse und Vereinbarungen, die in internationalen Institutionen getroffen wurden? Diese Frage ist bislang noch weitgehend unerforscht. Einige neuere Untersuchungen können aber zumindest Hinweise in diese Richtung geben. Neumayer zeigt etwa anhand internationaler Umweltschutzabkommen, dass „[d]emocracies clearly show stronger environmental commitment than non-democracies“ (Neumayer 2002: 156) und dass Demokratien aus solchen Vereinbarungen resultierende Verpflichtungen zudem stärker respektieren als Nicht-Demokratien. Mansfield et al. (2002) finden heraus, dass demokratische Staaten auch in höherem Maße internationalen Handelsabkommen beitreten und gewählte Regierungen zögerlicher sind, solche Vereinbarungen zu brechen (Mansfield et al. 2002: 489, 504).

Anhaltspunkte für die stärkere Einhaltung multilateraler Vereinbarungen finden sich schließlich ebenfalls in Untersuchungen zur Allianzbildung demokratischer Staaten. Bislang ist zwar nicht eindeutig geklärt, ob sich Demokratien häufiger zu Allianzen zusammenschließen (vgl. Siverson/ Emmons 1991; Lai/ Reiter 2000). Aber entgegen der vielfach geäußerten Annahme, Demokratien seien aufgrund wechselnder politischer Mehrheiten - und damit außenpolitischer Präferenzen und Orientierungen - zur Einhaltung von Vereinbarungen nur beschränkt in der Lage, zeigen Gaubatz (1996) und Reed (1997), dass Bündnisse zwischen demokratischen Staaten nicht nur länger von Bestand sind als Allianzen zwischen Autokratien oder zwischen Demokratien und Autokratien, sondern Demokratien sich auch stärker an Bündnisverpflichtungen halten. Im Gegensatz hierzu zeigt eine Studie von Gartzke/ Gleditsch, in der die Einhaltung von Bündnisverpflichtungen im Kriegsfall untersucht wird, dass Demokratien „are less likely to intervene on the behalf of allies than non-democracies“ (Gleditsch 2003: 40).

Die Ergebnisse der zu diesem Thema vorliegenden Arbeiten sind also gemischt. Dennoch gelangen Russett/ Starr (2000: 106) zu der Einschätzung, dass „analyses consistently show that alliances between democracies are more durable, apparently because democracies are able to make more credible long term commitments due to the public way in which those commitments are produced“.

Sicherlich: Demokratien wie Nicht-Demokratien haben zahlreiche internationale Regeln und Vereinbarungen verletzt. Mit Blick auf die erwähnten Untersuchungen scheint dennoch die Behauptung vertretbar, dass sich Demokratien eher an multilaterale Vereinbarungen halten als Nicht-Demokratien, und zwar insbesondere

dann, wenn solche Abmachungen mit anderen demokratischen Staaten getroffen wurden und/ oder unmittelbare Sicherheitsinteressen berühren.

Damit sind die Befunde und Erklärungsversuche der Theorie des Demokratischen Friedens – Normen, Strukturen und internationale Institutionen - so weit dargelegt, dass folgende zentrale Grundannahmen zusammengefasst werden können⁷:

- 1) In demokratischen Gesellschaften vorherrschende Normen und Werte sprechen gegen die Vernichtung von Menschenleben durch eine kriegerische Außenpolitik.
- 2) Rational kalkulierende Bürgerinnen und Bürger fürchten nicht nur die Gefahren einer kriegerischen Außenpolitik für Leib und Leben der eigenen Soldaten, sie scheuen auch die finanziellen Kosten eines Waffenganges.
- 3) Aber nur in Demokratien haben Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit, durch die Partizipation am politischen Entscheidungsprozess ihren Präferenzen für den Frieden zur Geltung zu verhelfen.
- 4) Die politische Partizipation manifestiert sich in demokratischen Strukturen und Institutionen, deren Schwerfälligkeit und Komplexität den Einsatz militärischer Gewalt zur Erreichung außenpolitischer Ziele erschwert.
- 5) Entscheidungsträger demokratischer Regime handeln ebenfalls rational. Ihr primäres Ziel ist es, im Amt zu bleiben. Da sie bei Misserfolgen mit *audience costs* zu rechnen haben, sind sie zögerlich, auswärtige Ziele mit militärischen Mitteln durchzusetzen.
- 6) Aufgrund zweckrationaler aber auch wertrationaler Dispositionen neigen Demokratien in besonderem Maße dazu, sich in internationalen Institutionen zu organisieren. Bei der Verfolgung außenpolitischer Ziele respektieren sie die in diesen Gremien getroffenen Vereinbarungen – und zwar insbesondere dann, wenn hierdurch (Sicherheits-) Interessen verbündeter demokratischer Staaten berührt werden.

2.4. ‚Antinomien des Demokratischen Friedens‘

Mit der Theorie des Demokratischen Friedens ist der weitere theoretische Rahmen der Arbeit abgesteckt. Da im Falle des Einsatzes von Söldnerfirmen durch gewählte Regierungen eine „Antinomie des Demokratischen Friedens“ (Müller 2002) vorzuliegen scheint, soll im Folgenden dieses Konzept kurz vorgestellt und mit dessen Hilfe anschließend eine fallspezifische Hypothese formuliert werden.

Antinomien definiert Müller (2002: 50) als „das – möglicherweise unentdeckte – Weiterbestehen kontingenter Entwicklungsmöglichkeiten, deren Ergebnisse zu den Behauptungen der Hypothese der jeweiligen Theorie im Gegensatz stehen, mit denen die Grundannahmen der Theorie gleichwohl vereinbar sind“. Anders ausgedrückt:

⁷ Die Formulierung dieser Annahmen orientiert sich an Müller (2002: 55).

Antinomien stellen keine Anomalien (oder *outlier-cases*) im Sinne von empirisch beobachtbaren Ausnahmen einer Theorie dar. Sie sind vielmehr theorieimmanent und bezeichnen Ergebnisse, die den Erwartungen der Theorie im Ergebnis zwar widersprechen, aber aus Kausalmechanismen herrühren, die mit den Grundannahmen der Theorie konsistent sind.

Antinomien lassen „überraschende Effekte“ entstehen, die für die monadische Theorievariante leicht zu identifizieren sind. Es handelt sich hierbei um „die Neutralisierung der behaupteten Friedenswirkung von Demokratie und/oder [...] um eine der Demokratie entspringende spezifische Kriegsneigung, also ein Grund für äußere Gewaltanwendung, der für Demokratien, aber nicht für Nicht-Demokratien typisch ist“ (Müller 2002: 56).

Von den verschiedenen Antinomieformen, die in der Arbeit Harald Müllers entwickelt und analysiert werden, scheint im Falle des Einsatzes von Söldnerfirmen ein bisher noch nicht untersuchter ‚Antinomie-III-Typ‘ vorzuliegen. Dieser Typus tritt auf, wenn „zwei Kausalmechanismen Synergien erzeugen, und der entstehende ‚Vektor‘ in eine andere als die vermutete Richtung zeigt“ (Müller 2002: 56).

Auf die vorliegende Arbeit angewendet bedeutet dies, dass die Kausalmechanismen ‚Werteorientierung‘ (als Teil des normativ-kulturellen Ansatzes) und ‚rationales Kalkül‘ (als Komponente des strukturell-institutionalistischen Ansatzes) unter bestimmten Bedingungen ‚Synergien‘ erzeugen, die zum Einsatz von Söldnerfirmen führen. Die „überraschenden Effekte“ äußern sich dabei in zweifacher Hinsicht: Zum einen reduziert der Rückgriff auf *private military companies* die Demokratien unterstellte Friedenswirkung. Zweitens handelt es sich dabei um eine für Demokratien *spezifische* Form der Gewaltanwendung. Spezifisch demokratisch meint nun aber nicht, dass ausschließlich Entscheidungsträger in Demokratien auf die Dienste privater Militärfirmen zurückgreifen - autokratische Herrscher tun dies freilich auch -, sondern hebt auf eine spezifisch demokratische Handlungsmotivation ab.

Wenn also die Bevölkerung eines Landes von ihrer Führung brutal unterdrückt wird, Menschenrechte in großem Umfang verletzt oder Kriegsverbrechen begangen werden, dann können sonst gewalthemmend wirkende Normen in Demokratien einen „moralisch motivierte[n] Handlungsdruck“ (Hasenclever 2001: 211) zugunsten eines militärischen Eingreifens auslösen (siehe auch Doyle 1996: 31; Müller 2002: 61; Peceny 2000: 3). Gerade in solchen, meist innerstaatlichen, Konflikten sind Interventionen häufig mit hohen finanziellen Kosten und militärischen Risiken verbunden. Gleichzeitig weisen sie jedoch einen geringen ‚Nutzen‘ für den intervenierenden Staat auf. Während also aus einer normativen Orientierung heraus ein militärisches Eingreifen gefordert wird, spricht das Kosten-Nutzen-Kalkül zugleich gegen einen kostspieligen und risikoreichen Eingriff in einen Konflikt, der die nationalen Macht- und Sicherheitsinteressen nicht berührt. Die Exekutive steht dabei vor einem Dilemma: Sie kann angesichts oft stark mediatisierter humanitärer Katastrophen nicht untätig bleiben, sieht sich aber gleichzeitig mit gesellschaftlichen

und parlamentarischen Widerständen gegen eine militärische Intervention mit eigenen Streitkräften konfrontiert. Besonders die risikoreiche Entsendung von *Bodentruppen* wird oftmals abgelehnt.

Einen Ausweg aus einer solchen Situation – oder anders ausgedrückt, ein „Synergieeffekt“ aus normativem Handlungsdruck und Kosten-Nutzen-Kalkül – bietet der Einsatz von Söldnerfirmen. Den Opfern (bzw. den als Opfer Wahrgenommenen) eines Konflikts kann auf diese Weise die gewünschte militärische Hilfe geleistet werden. Gleichzeitig verändert sich durch den Einsatz von Militäranbietern das interventionsfeindliche Kosten-Nutzen-Kalkül: Die Entsendung eigener Truppen wird vermieden, die finanziellen Kosten solcher Firmen fallen im Vergleich zu denen einer staatlichen Intervention wesentlich geringer aus (Howe 1998: 308), und das militärische Risiko eines Eingriffs wird auf eine kleine gesellschaftliche Gruppe – private Unternehmen – abgewälzt. Durch den Rückgriff auf Söldnerfirmen lassen sich auch die politischen Risiken der Entscheidungsträger begrenzen. Es hat sich nämlich gezeigt, dass die öffentliche Meinung auf den Tod von Angehörigen solcher Unternehmen weit weniger sensibel reagiert als auf den Verlust eigener Soldaten⁸.

Nicht zuletzt stellen auch in internationalen Institutionen getroffene Vereinbarungen und/ oder Allianzverpflichtungen Normen dar, die den Einsatz militärischer Gewalt durch demokratische Staaten erschweren und damit das beschriebene Dilemma der Exekutive noch verschärfen. Aber auch hier bieten sich Söldnerfirmen an, um unliebsame internationale Verpflichtungen zu umgehen. Geht dies einmal schief, besteht beim Einsatz privater Unternehmen immerhin noch die Möglichkeit einer *plausible deniability*.

Gewählte Regierungen greifen also nicht *trotz*, sondern vielmehr *wegen* der Wirkung demokratische Normen und Institutionen – die durch die Zugehörigkeit in internationalen Organisationen noch verstärkt wird – auf private Militäranbieter zurück.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen lässt sich folgende Hypothese formulieren:

H1 (a): *Wenn gewählte Regierungen außenpolitische Ziele verfolgen, die mit hohen finanziellen, militärischen und politischen Kosten bzw. Risiken verbunden sind, aber nationale Macht- und Sicherheitsinteressen nicht berühren, dann werden sie auf die Entsendung ihrer Streitkräfte verzichten, und der Einsatz von Söldnerfirmen wird wahrscheinlich.*

H1 (b): *Die Neigung demokratischer Entscheidungsträger, auf private Sicherheits- und Militäranbieter zurückzugreifen, wird noch verstärkt, wenn die Erreichung solcher außenpolitischer Ziele mit in internationalen Institutionen*

⁸ Die amerikanische Firma DynCorp hat zum Beispiel bei Sprühangriffen gegen kolumbianische Kokopflanzungen bereits zahlreiche Mitarbeiter verloren, ohne dass dies in den Vereinigten Staaten nennenswerte Reaktionen hervorgerufen hätte (Singer 2001/2: 218.).

getroffenen Vereinbarungen bzw. mit den Interessen verbündeter Staaten konfligiert.

H1 (c): *Ein Einsatz von Söldnerfirmen kommt schließlich aber nur dann in Betracht, wenn die Durchsetzung solcher Vorhaben einen gewissen militärischen Umfang nicht überschreitet⁹.*

3. Forschungsdesign

3.1. Variablen und Operationalisierung

Die *unabhängigen Variablen* (UV) der hier formulierten Hypothese sind die finanziellen und politischen Kosten sowie die militärischen Risiken einer Intervention einerseits und die strategische Bedeutung eines Konflikts andererseits. Strategisch wichtig bzw. unwichtig ist ein Konflikt dann, wenn von seinem Ausgang die Sicherheits- und Machtinteressen eines Staates berührt bzw. nicht berührt werden.

Das erste Set der unabhängigen Variablen, die Risiko- bzw. Kostenstruktur ist indes schwerer zu bemessen. Definiert man Risiko allgemein als „Schadenshöhe × Eintrittswahrscheinlichkeit“ (Daase 2002: 12), dann ließe sich für das militärische Risiko einer Intervention die ‚Schadenshöhe‘ an der Zahl der zu erwartenden Opfer/Verluste ablesen, während sich die ‚Eintrittswahrscheinlichkeit‘ nach einer Vielzahl von Faktoren richtet (eigene und gegnerische militärische Fähigkeiten, Truppenstärke, Beschaffenheit des Geländes etc.). Wichtiger als ein objektiv schwer messbares Risiko ist jedoch die *Risikoperzeption* der handelnden Akteure (Regierung, Militärführung, Öffentlichkeit), die über die Diskurse politischer Entscheidungsträger und Medienberichte erschlossen werden kann. Auf dieselbe Weise ließe sich auch Fall für Fall die Wahrnehmung der *ex ante* oft kaum abschätzbaren finanziellen Kosten einer Intervention bestimmen.

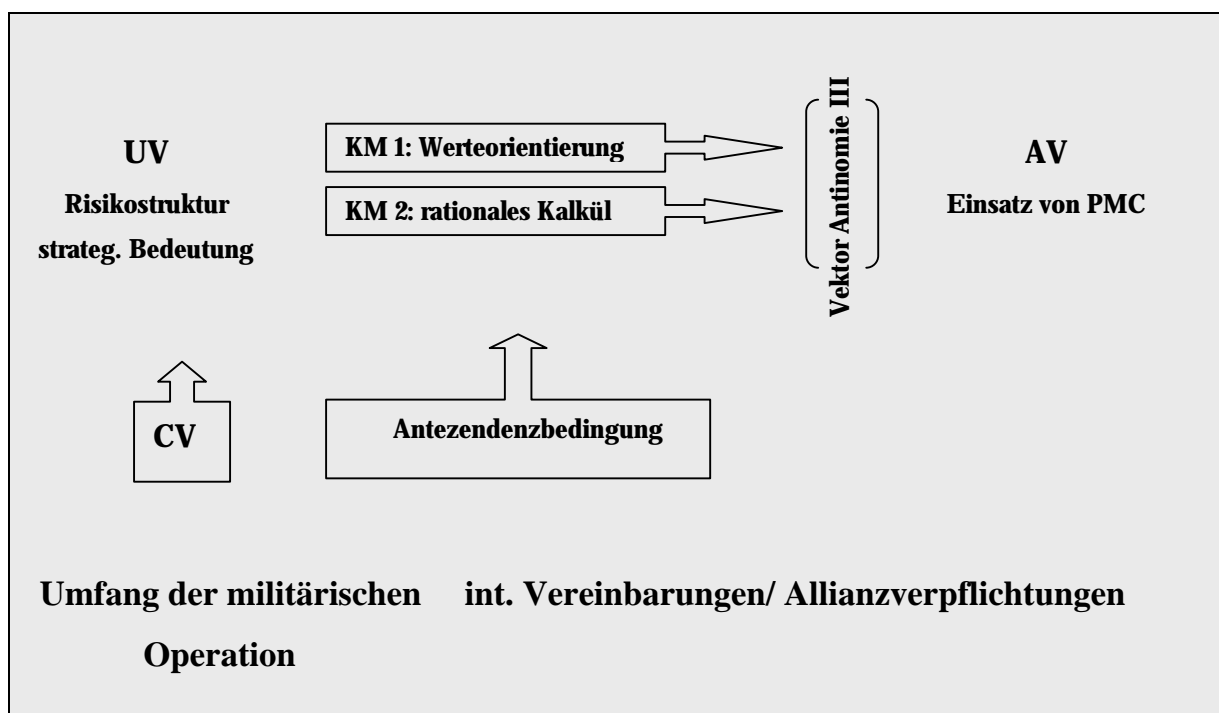
Zur Bemessung der politischen Kosten kann schließlich auf das bereits erwähnte Konzept der *audience costs* (Fearon 1994) zurückgegriffen werden. Hier sind besonders zwei Faktoren zur Erschließung der innenpolitischen Kosten auswärtiger Entscheidungen wichtig: Die Auswirkungen auf die Wiederwahlchancen der Entscheidungsträger (messbar etwa in Form von Meinungsumfragen) und die Möglichkeit der Ausbeutung des außenpolitischen Kurses der Exekutive durch die politische Opposition (Diskursanalyse).

⁹ Die logistischen und personellen Ressourcen von Söldnerfirmen sind begrenzt. Bisher wurden von solchen Firmen selten mehr als 1.000 Mann aufgeboden, was die Unternehmen aus Sicht von Experten zwar in die Lage versetzt, einen *strategic impact* auf Konflikte geringer Intensität, nicht aber auf *full-scale wars* auszuüben.

Die *abhängige Variable* (AV) der vorliegenden Hypothese ist der Einsatz privater Militäranbieter durch demokratisch legitimierte Entscheidungsträger, während der begrenzte Umfang einer militärischen Operation schließlich eine *Vorbedingung* (condition variable - CV) für den Rückgriff auf PMCs darstellt.

Die von den unabhängigen zur abhängigen Variable führenden *Kausalmechanismen* (KM) sind die in demokratischen Gesellschaften vorherrschende Werteorientierung einerseits und Kosten-Nutzen-Erwägungen rational handelnder Bürgerinnen und Bürger und politischer Entscheidungsträger andererseits. Dabei verstärkt die Einbindung in internationale Institutionen, die sich als *Antezedenzbedingung* (Van Evera 1997: 9f.) begreifen lässt, die Wirkung der Kausalmechanismen. Beide Kausalmechanismen erzeugen nach dem Konzept der „Antinomien des Demokratischen Friedens“ schließlich Synergieeffekte, deren ‚Vektor‘ der Einsatz von Söldnerfirmen ist (Müller 2002: 56).

Die Hypothese wird anhand von zwei Fallstudien auf ihre Plausibilität hin untersucht: Dem Einsatz der amerikanischen Firma MPRI im Auftrag der US-Administration im Bosnienkrieg sowie dem Rückgriff der britischen Regierung auf Sandline International in Sierra Leone.



3.2. Methodische Probleme

Gegen das hier vorgeschlagene methodische Vorgehen lassen sich eine Reihe möglicher Einwände erheben: Zum einen hängen die unabhängigen Variablen ‚militärisches Risiko‘ sowie ‚finanzielle‘ und ‚politische Kosten‘ einer Intervention freilich oft eng zusammen und lassen sich deshalb nicht trennscharf unterscheiden (Multikollinearität). Dieses Problem fällt in erster Linie bei quantitativen Studien ins Gewicht und lässt sich bei der hier vorzunehmenden Fallstudienarbeit weitgehend beheben, indem die verschiedenen Risiko- und Kostentypen Fall für Fall sorgfältig herausgearbeitet werden.

Zweitens ist die Hypothese überdeterminiert, d.h. es gibt eine abhängige, aber mehrere unabhängige Variablen (King et al. 1994: 118ff.). Damit kann das Ergebnis im Prinzip nicht eindeutig auf die eine oder andere Erklärung zurückgeführt werden. Diesem Problem lässt sich jedoch durch die Methode des *process-tracing* beikommen, mit der Schritt für Schritt nachvollzogen werden kann, wie „initial case conditions are translated into outcomes“ (Van Evera 1997: 64) und sich damit zeigen lässt, welche Variable wie zu welchem Resultat führt.

Am heikelsten ist allerdings, drittens, die mangelnde Varianz der abhängigen Variable, was zum Problem des *samplings* führt (King et al. 1994: 118ff.). Denn in der vorliegenden Arbeit geht es in erster Linie um die Erklärung des Einsatzes von Söldnerfirmen – weniger um deren Nicht-Einsatz. Um dem Problem dieser *single observation* und der mit ihr verbundenen Nachteile – Messfehler, *omitted variables* - vorzubeugen (King et al. 1994: 209f.), werden die Untersuchungszeiträume der Fallstudienarbeit deshalb so gewählt, dass die abhängige Variable unterschiedliche Werte annimmt: In Längsschnittanalysen wird nicht nur untersucht, wie es vom Nicht-Einsatz zum Rückgriff auf Söldnerfirmen, sondern schließlich auch zur Entsendung *regulärer* Truppen nach Bosnien und Sierra Leone kam.

Dennoch bleiben Einwände gegen das Forschungsdesign bestehen: Zum einen werden hier von vornherein allein Fälle untersucht, in denen Söldnerfirmen eingesetzt wurden. Zum anderen richtet sich der Blick ausschließlich auf Demokratien, nicht aber auf Autokratien. Schließlich kann die Arbeit auch der Varianz *innerhalb* des demokratischen Lagers hinsichtlich des Einsatzes von Söldnerfirmen nicht ausreichend Rechnung tragen. Im vorliegenden Fall werden mit den USA und Großbritannien zwei - wirtschaftlich und kulturell zudem sehr ähnliche - Demokratien untersucht, die verschiedentlich auf Söldnerfirmen zurückgegriffen haben (vgl. FN 12). Für andere demokratische Staaten ist ein solches Verhalten aber nicht dokumentiert. Diese doppelte Perspektivverengung auf die demokratische und angelsächsische „Welt“ birgt die Gefahr einer *selection bias*.

In Anbetracht dieser methodischen Schwierigkeiten soll die hier formulierte Hypothese deshalb eher explorativ auf ihre Plausibilität hin überprüft werden (Eckstein 1975: 108ff.).

4. Internationale Söldnerfirmen

4.1. Versuch einer Begriffsbestimmung

Bisher existiert keine allgemein anerkannte Definition privater Sicherheits- und Militäranbieter. Eine Begriffsbestimmung solcher Firmen auf der Basis bereits existierender Söldnerdefinitionen vorzunehmen läge zwar nahe, ist aber nicht unproblematisch: Denn zum einen ist der Begriff des Söldners hochgradig negativ konnotiert - er impliziert Profitstreben, Illegalität und oft auch Rassismus - und wird ebenso wie zum Beispiel der Begriff des Terroristen häufig politisch verwendet (Isenberg 1997: 5). Zweitens verhindert die unternehmerische Organisation dieser Firmen, die breite Auffächerung ihres Angebots in militärische und nicht-militärische Komponenten und schließlich ihre häufig sehr enge Anbindung an staatliche Institutionen die Anwendung einer engen Söldnerdefinition. Dies ist auch der Grund, warum in völkerrechtlichen Texten enthaltene Söldnerdefinitionen - wie etwa der *Artikel 47 des Zusatzprotokolls I* (1977) der Genfer Konventionen oder die *Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern* (1989) - zur Begriffsbestimmung von Söldnerfirmen untauglich sind¹⁰.

Wegen des Fehlens einer international anerkannten Definition privater Sicherheits- und Militäranbieter haben manche Autoren selbst Begriffsbestimmungen vorgenommen. Sie orientieren sich dabei häufig an den Dienstleistungen, die von solchen Firmen angeboten werden und differenzieren zwischen Firmen, die lediglich logistische Unterstützung und Werkschutzdienste bereitstellen (private Sicherheitsfirmen) und Unternehmen, die Beratung und militärisches Training anbieten oder - wenn auch deutlich seltener - direkt an militärischen Operationen teilnehmen (private Militärfirmen) (z.B. Mandel 2002: Kap. 5).

Eine solche Unterscheidung macht aus zwei Gründen keinen Sinn. Zum einen bieten viele Firmen Dienstleistungen aus verschiedenen dieser Kategorien an, zum anderen dient der Einsatz solcher Unternehmen - von reinen Werk- und Personenschutzaufgaben einmal abgesehen - dem gleichen *Ziel*, nämlich „to enhance the capability of a client’s military forces to function better in war, or to deter conflict more effectively“ (Shearer 1998a: 23). Welche Rolle spielt es da, ob private Streitkräfte *direkt* in Kampfhandlungen eingesetzt werden, die Bedienung neuer Waffensysteme unterrichten oder schlicht militärisches Gerät liefern?

Deshalb nimmt beispielsweise Singer (2001/2) keine angebotsspezifische Definition, sondern eine sehr inklusive Begriffsbestimmung vor, nach der private Sicherheits- und Militäranbieter als „profit-driven organizations“ bezeichnet werden, „that trade in

¹⁰ Der UN-Sonderberichterstatter für Söldnerfragen, Ballesteros, kommt in seinem Bericht von 1999 zu dem Ergebnis, dass „[t]he legal gaps and ambiguities detected suggest, that the existing set of rules is by no means effective for successfully combating mercenary activities“.

professional services intricately linked to warfare. They are corporate bodies that specialize in the provision of military skills - including tactical combat operations, strategic planning, intelligence gathering and analysis, operational support, troop training, and military technical assistance” (Singer 2001/2: 186).

Nicht erfasst in dieser Definition sind hingegen die Empfänger dieser Dienstleistungen, zu denen neben Regierungen (und in seltenen Fällen auch paramilitärische Gruppen und Drogenkartellen) ebenso Privatunternehmen sowie Internationale Organisationen und NROs zählen.

Damit sind die zentralen Merkmale dieser Akteure benannt: Söldnerfirmen sind demnach privatrechtlich organisierte, profitorientierte Akteure, deren vertraglich abgesicherte Tätigkeit auf die Ausführung von Sicherheits- und Militäraufgaben ausgerichtet ist. Das stark ausdifferenzierte Angebotsspektrum solcher Anbieter reicht dabei von logistischer Unterstützung, militärischer Beratung und der Durchführung von Trainingsprogrammen über geheimdienstliche Aufklärung bis hin zum direkten Einsatz in Kampfhandlungen. Zu den Kunden solcher Firmen zählen staatliche wie nichtstaatliche Akteure, die auf solche Firmen zurückgreifen, um angesichts einer Bedrohung Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen oder offensive militärische Fähigkeiten zu verbessern.

4.2. Das ‚neue‘ Söldnertum und der Markt der ‚privaten Sicherheit‘

Der Einsatz von Söldnern - darauf wurde vielfach hingewiesen - ist so alt wie die Kriegsführung selbst und reicht bis in die Antike zurück. Im späten Mittelalter, der Blütezeit des Söldnerwesens, waren Söldnerheere üblich. Zu ihren prominentesten Vertretern gehörten neben den schweizer Reisläufern und den deutschen Landsknechten besonders die italienischen condottieri. Aber bis heute sind Söldner fester Bestandteil fast aller militärischer Auseinandersetzungen. Man denke nur an „Les Affreux“ um den Franzosen Bob Denard in Katanga und zahlreichen anderen Konflikten der 1960er und 1970er Jahre auf dem afrikanischen Kontinent und den Komoren (Klen 1999: 320f.) oder an Mobutus „Weiße Legion“ Ende der 1990er Jahre (Taulbee 2000: 433)¹¹.

Das Auftauchen privater Sicherheits- und Militärfirmen hingegen ist ein recht neues Phänomen. Zwar waren die ersten dieser Unternehmen bereits vor mehr als vierzig Jahren aktiv¹², aber „[t]he number of companies, the scope of services offered, and the visibility of their operations [...] mark the current era as significantly different“

¹¹ Zur Geschichte des Söldnertums und seiner Bedeutung für die Entstehung des modernen Staates siehe Thomson 1994.

¹² Das amerikanische Unternehmen Wackenhut war bereits in den 1950er Jahren für die US-Regierung tätig und Vinnell unterstützte die Streitkräfte der Vereinigten Staaten während des Vietnamkriegs (Banégas 1998: 188). Im Auftrag der Regierung Großbritanniens trainierte die britische Firma Saladin Security das omanische Militär während des Dhofar-Aufstandes (1971-1976). Das ebenfalls britische Unternehmen KMS unterstützte die Armee Sri Lankas im Kampf gegen die *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) – wieder mit Zustimmung Londons (Shearer 1998a: 36f.).

(Taulbee 2000: 436). Und Experten sind sich einig, dass die Zahl und die Bedeutung privater Militärfirmen in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Für die amerikanischen Streitkräfte, die zahlreiche militärische Aufgaben wie Logistik und Wartung an private Firmen vergeben haben, ist die Unterstützung durch PMCs schon heute unverzichtbar geworden. Dies zeigt sich bereits am zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Soldaten und Mitarbeitern privater Militärfirmen bei Kampfeinsätzen. Während im zweiten Golfkrieg von 1991 ein Angehöriger einer amerikanischen ‚Sicherheitsfirma‘ auf fünfzig GIs kam, war das Verhältnis im Bosnienkrieg schon 1:10 (IHT, 14.10.2002: 11). Dieser Trend spiegelt sich auch in den Ausgaben des Pentagon wider. Für das Jahr 2003 rechnete das amerikanische Verteidigungsministerium mit Kosten von mehr als 30 Mrd. Dollar für die Dienste der PMCs – und diese Berechnungen sind noch vor dem Irak-Krieg angestellt worden. Das entspricht immerhin rund 8% des globalen Militärbudgets der Vereinigten Staaten (Spiegel Online, 28.3.2003). Zum Vergleich: Der deutsche Verteidigungsetat für das Jahr 2003 belief sich auf 24,4 Mrd. Euro¹³.

Auch die Zahl der Firmen hat stark zugenommen. Allein in den USA sind mindestens 35 solcher Unternehmen registriert, in Afrika agieren zur Zeit sogar zwischen 90 und 100 privater Militärdienstleister (FAZ, 27.3.2003: 12). Das aktuellste Beispiel für den Einsatz privater Söldnerfirmen ist der Irak, wo gegenwärtig 15.000–20.000 Mitarbeiter solcher Firmen tätig sind (FAZ, 4.5.2004: 5).

Den internationalen Markt der ‚privaten Sicherheit‘, den Experten auf jährlich 100-200 Mrd. Dollar schätzen (IHT, 14.10.2002: 11), dominieren amerikanische, britische und südafrikanische Firmen, aber auch einige französische und israelische Unternehmen sind vertreten (Shearer 1998b: 71)¹⁴.

4.2.1. Private Unternehmen als Akteure eines ‚neuen‘ Söldnertums

Von klassischen Söldnern im Stil der „Affreux“ unterscheiden sich heutige private Sicherheits- und Militäranbieter in einer Reihe von Merkmalen, vor allem aber durch ihre unternehmerische Organisationsform. Nach Taulbee (2000: 436f.) sind „[p]rivate military companies [...] organized and chartered as corporations intended to conduct business as permanent, continuing concerns. They are not ad hoc ventures geared to specific conflict, but constitute legal entities which cooperate within the laws and parameters of the legitimate state system“.

¹³ Bundesministerium der Verteidigung [www.bmvg.de/ministerium/haushalt/ministerium_haushalt_2002.php] Accessed 2003-6-1).

¹⁴ Büttner (2003: 5) erwähnt auch zwei deutsche Unternehmen, die international Sicherheitsdienstleistungen anbieten: den in Hamburg ansässigen Anbieter Group Achill und die Firma Controll Risks Deutschland. Hinweise auf weitere deutsche Unternehmen, die International Business Company und Specialist Services International, finden sich bei Musah (2000: 77) und Zarate (1998: 75).

Zahlreiche PMCs sind zudem Teil international agierender, oft börsennotierter Firmengruppen, die sowohl militärische als auch zivile Produkte und Dienstleistungen anbieten. In solchen Konsortien werden häufig Hochtechnologien, Rohstoffförderung und Sicherheitsdienstleistungen zusammengeführt. Die Branch-Heritage Group ist ein anschauliches Beispiel für die Verknüpfung verschiedener Unternehmensbereiche, wie der Gewinnung von Öl und Gas (Heritage Oil&Gas), der Förderung von Diamanten und Gold (DiamondWorks, Branch Minerals) sowie Transportunternehmen (Ibis Air) und gleich mehrere Söldnerfirmen (u.a. Executive Outcomes, Sandline International, Teleservices, Saracen International) in einem komplexen, international weitverzweigten Netzwerk (Musah/ Fayemi 2000: 1; O'Brien 2000: 64ff.). Die hohen Gewinne, die von den Militäranbietern verzeichnet werden - die Profite der börsennotierten amerikanischen Cubic Corporation etwa stiegen 2002 um 40 Prozent - machen solche Firmen für eine Eingliederung in große Unternehmensgruppen attraktiv.

Charakteristisch für PMCs ist aber auch, dass sich das Personal dieser Firmen größtenteils aus ehemaligen Militärs rekrutiert und die Unternehmen häufig von früheren Politikern geleitet werden. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der amerikanischen Firma MPRI, die von hochrangigen ehemaligen Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte gegründet wurde und ebenfalls fast ausschließlich frühere Bedienstete der US-Armee beschäftigt (siehe Kapitel 4.3.1.). Die britischen Firmen Sandline International und Defense Systems Limited wurden von Ex-Offizieren der SAS (Special Air Services) gegründet, die französische Eric SA von einem ehemaligen Mitarbeiter des französischen Auslandgeheimdienstes DGSE (Direction Générale de la Sécurité Extérieure) (Misser/ Versi 1997: o.S.; FAZ, 19.5.1998: 16). Das amerikanische Militärunternehmen BDM International ist Teil der Investmentgruppe Carlyle, welche von dem ehemaligen Außenminister James Baker und dem früheren Verteidigungsminister Frank Carlucci geführt wird (Banégas 1998: 189). Zum Direktorium von Science Applications International Corporation (SAIC) gehörten mit William Perry und Melvin Laird gleich zwei ehemalige Außenminister und mit John Deutch und Robert Gates zwei frühere Leiter der CIA (Banégas 1998: 189).

Im Gegensatz zu traditionellen Söldnern, versuchen heutige Sicherheits- und Militäranbieter, mit Hilfe ausgefeilter Kommunikations- und offensiver Marketingstrategien ein positives Bild ihrer Aktivitäten zu vermitteln¹⁵. Zahlreiche Firmen werben etwa im Internet für ihre Dienstleistungen, über welches sie auch neue Mitarbeiter rekrutieren¹⁶.

¹⁵ Die privaten Militärfirmen bündeln ihre Lobbyaktivitäten in einem Verband mit dem sinnigen Namen *International Peace Operations Association*, dessen Präsident Doug Brooks ist, ([www.ipoaonline.org] Accessed 2004-4-16).

¹⁶ Ein Großteil der Unternehmen ist mit Auftritten im Internet präsent. Siehe etwa [www.sandline.com]; [www.vinnell.com]; [www.northbridgeservices.com]; [www.airscan.com]; [www.cubic.com]; [www.mpri.com]; all accessed 2004-7-19.

Im Folgenden werden einige der bekanntesten dieser Firmen entlang ihrer Hauptbetätigungsfelder vorgestellt.

Auf dem Gebiet von *Training* und *Beratung* gehören die amerikanischen Firmen MPRI, BDM International, Science Applications International Corporation (SAIC), Vinnell und Cubic zu den wichtigsten (Avant 2001: 4). Vinnell führt beispielsweise ein Modernisierungsprogramm für die saudiarabische Nationalgarde durch, und Cubic erhielt vor kurzem den Zuschlag des Pentagon für das Häuserkampftraining der US-Streitkräfte am Golf (Spiegel Online, 28.3.2003). Die wichtigsten britischen Unternehmen sind auf diesem Gebiet Defense Systems Limited (DSL), Ghurka Security Guards und Watchgard International. Zu den bekanntesten südafrikanischen Firmen dieser Sparte gehören Saracen International, Southern Cross Security und Duncan (Avant 2001: 5). Frankreich ist unter anderem mit der Firma Secrets, die für das Training der Präsidialgarde von Kameruns Präsidenten Paul Biya zuständig ist, und Eric SA auf diesem Markt vertreten (Misser/Versi 1997: o.S.). Die israelische Firma Levdan schließlich trainiert die Streitkräfte von Kongo-Brazzaville.

Zu den Unternehmen, die sich auf *operative* und *logistische Unterstützung* spezialisiert haben, zählen die US-Firmen Airscan und DynCorp, die etwa Sprühangriffe gegen Kokafelder im amerikanischen Drogenkrieg in den Anden fliegen¹⁷. Letztere ist mit 23.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 2,3 Mrd. Dollar (Sicherheitsdienstleistungen und IT) eines der größten Unternehmen auf dem Markt (Le Monde, 12.2.2002: 18). Zu den Diensten dieser Firmen zählt auch der Personenschutz. DynCorp beispielsweise ist für die Sicherheit des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai zuständig (Spiegel Online, 28.3.2003) und rekrutiert Polizisten und Gefängniswärter für den Irak (taz, 22.4.2003: 5). Die US-Unternehmen Kellogg Brown & Root (eine Filiale der US-Ölfirma Halliburton) und ICI Oregon unterstützen die amerikanische Armee mit Telekommunikationsdienstleistungen oder organisieren die Verpflegung der Soldaten und die Lieferung von Energie und Benzin (IHT, 14.10.2002: 11). Ronco, eine ebenfalls amerikanische Firma, hat sich indes auf das Räumen von Minen spezialisiert (Singer 2001/2: 202). Und das britische Unternehmen DSL schützt Botschaften und Hotels sowie Installationen von De Beers, Shell, Mobil, BP, Chevron und anderen Konzernen, die in Krisengebieten tätig sind (Misser/ Versi 1997: o.S.). Aber auch Nichtregierungsorganisationen wie CARE, GOAL, Médecins sans Frontières und Agenturen der Vereinten Nationen wie

¹⁷ DynCorp erhielt 1998 von der amerikanischen Regierung einen 5-Jahres-Vertrag über 170 Mio. Dollar für diesen Einsatz (IHT, 19.5.2001: 3).

UNICEF, UNHCR oder UNDP greifen zum Schutz ihrer Mitarbeiter und Konvois auf die Dienste von DSL zurück (Spearin 2001: 28)¹⁸.

Die bekanntesten Firmen sind schließlich diejenigen, die neben verschiedenen anderen Dienstleistungen ihren Kunden auch *direkte Unterstützung auf dem Schlachtfeld* anbieten und dazu neben militärischem Fachpersonal auch Flugzeuge und Kampfhubschrauber vorwiegend sowjetischer Bauart einsetzen (Isenberg 1997: 8). Hierzu gehören in erster Linie das mittlerweile (zumindest offiziell) aufgelöste¹⁹ südafrikanische Unternehmen Executive Outcomes (EO) und die britische Firma Sandline International (siehe Kapitel 4.3.2.). EO wurde vor allem durch militärische Operationen in Angola und Sierra Leone bekannt. In Angola unterstützte das Unternehmen die angolische Regierung im Kampf gegen die *União Nacional para a Independência Total de Angola* (UNITA) so wirkungsvoll, dass die militärisch stark geschwächten Rebellen im November 1994 das Friedensprotokoll von Lusaka unterzeichneten²⁰. Im Frühjahr 1995 rief dann das in Bedrängnis geratene sierraleonische Regime unter Valentin Strasser EO zu Hilfe, als Verbände der *Revolutionary United Front* (RUF) nur noch wenige Kilometer vor der Hauptstadt Freetown standen (siehe Kapitel 7). Im Verbund mit den Truppen der Regierung fügten die südafrikanischen Söldner den Rebellen so hohe Verluste zu, dass die RUF schließlich ebenfalls Friedensverhandlungen zustimmte²¹. Dadurch stabilisierte sich die Lage in Sierra Leone, und im Februar 1996 konnten sogar landesweite Wahlen stattfinden.

Während viele Autoren die Erfolge EOs - das Zustandekommen des Lusaka Protokolls und die Ermöglichung von Wahlen in Sierra Leone - betonen (Daniel 2002: 227ff.; Howe 1998: 308ff.), sind andere Beobachter in Bezug auf die Rolle der südafrikanischen Firma weitaus skeptischer: Nach Reno (1997: 229) hat „EO [...] tried to present itself as an alternative peacekeeping force that is filling the gap left by the UN. Ultimately, it protects only those who have money or the power to award mining concessions [...]. Cashiering military officers under the EO security umbrella may

¹⁸ Auch UN-Generalsekretär Annan erwog nach eigenen Angaben Mitte der 1990er Jahre, private Militärfirmen mit der gefährlichen Trennung von Zivilisten und Bewaffneten in den Flüchtlingslagern in Goma (Kongo) zu beauftragen, wohin mehr als eine Million ruandischer Hutu-Flüchtlinge aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen der vorrückenden Tutsi geflohen waren (FAZ, 27.3.2002: 12). Der Anschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad belegt die Gefährdung des Personals der Vereinten Nationen und wird sicherlich die Diskussion um den Einsatz privater Schutzdienste weiter verstärken.

¹⁹ Beobachter gehen aber davon aus, dass Teile der Firma weiterhin auf dem afrikanischen Kontinent aktiv sind (Chapleau/ Misser 2001: 240).

²⁰ An den Militäroperationen in Angola waren 550 Angehörige EOs beteiligt, die circa 5000 angolische Soldaten und 30 Piloten trainierten. 20 Mitarbeiter der Firma sollen während der Einsätze in Angola ums Leben gekommen sein. Die Kosten der Operation von September 1993 bis Mitte 1996 beliefen sich auf insgesamt 60 Mio. Dollar (siehe Isenberg 1997: 7; Shearer 1998a: 39; Vines 2000: 172).

²¹ Die Kosten für die 21monatige militärische Unterstützung der Strasser-Regierung durch EO wird mit 35 Mio. Dollar beziffert, die bar bezahlt werden sollten. Aus Geldmangel der Regierung wurden die Zahlungen jedoch in Schürfrechte umgewandelt (Shearer 1998a: 51; Vines 2000: 175).

promote short term stability in Sierra Leone, but it also creates a need for protection that never ends". Hinzu kommt, dass es bei den Operationen von EO offenbar immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist²².

4.2.2. Die Expansion des Marktes der ‚privaten Sicherheit‘

Welche Gründe lassen sich nun für die Zunahme der PMCs in den letzten Jahren ausmachen oder - um im Bild des Marktes zu bleiben - welche *Angebots-* und *Nachfragefaktoren* führten zu der enormen Expansion der privaten Sicherheitsbranche?

In der Literatur werden in diesem Kontext meist drei Argumente angeführt (Avant 1999; Shearer 1998a; Singer 2001/2; Taulbee 2000): Erstens das Ende des Kalten Krieges, zweitens das Auftauchen „neuer“ Kriege und drittens der Erfolg neoliberaler Wirtschaftsstrategien wie Privatisierung und *Outsourcing*.

Vom Ende des Ost-West-Konfliktes bis zum Ende der 1990er Jahre sank die personelle Stärke der Streitkräfte um weltweit mehr als 6 Mio. (Singer 2001/2: 193). Damit entstand ein enormes Angebot an militärisch qualifiziertem Personal, das nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten suchte und diese bei privaten Militärunternehmen häufig auch fand. Gleichzeitig wurden große Mengen kostengünstiger (meist sowjetischer) Waffen auf dem internationalen Markt erhältlich.

Mit der Beendigung der Blockkonfrontation verloren zugleich zahlreiche Konflikte an ideologisch-strategischer Bedeutung. Weil die ehemaligen Supermächte ihre Unterstützung für viele Regime deutlich verringern, sehen sich besonders die Führungen von ‚schwachen‘ Staaten mit großen Sicherheitsproblemen konfrontiert. In vielen Krisenregionen gelingt es den Regierungen nicht mehr, grundlegende Sicherheits- und Wohlfahrtsfunktionen und ein Mindestmaß an Recht und Gesetz auch außerhalb urbaner Zentren zu gewährleisten (Debiel 2002: 25). Es bilden sich informelle Sektoren und Parallelökonomien, häufig sind regelrechte „Gewaltmärkte“ (Elwert 1997) entstanden. In solchen „Shadow-States“ (Reno 1995) basiert die Macht eines Staatsoberhauptes in erster Linie auf seiner Fähigkeit, formelle und besonders informelle Märkte zu kontrollieren – nicht selten mit Hilfe privater Armeen.

Das zweite Argument, die Veränderung der Kriegsführung, zielt in zwei Richtungen. Auf der einen Seite spielt in den Militärapparaten westlicher Großmächte hochmoderne Technologie eine immer bedeutendere Rolle (Stichwort: „Revolution in Military Affairs“), deren Entwicklung und Wartung jedoch ein hohes Maß an Expertise erfordert und häufig nur vom privaten Sektor bereitgestellt werden kann (Singer 2001/2: 195). Andererseits sind die mit technologisch modernstem Gerät ausgestatteten Großmächte oft weder willens noch in der Lage, komplexe Konflikte geringer Intensität zu bearbeiten. So oder so: „Die Schere zwischen

²² Bei Operationen von EO in Angola wird vom Einsatz international geächteter Napalm- und Cluster-Bomben berichtet (Ballesteros 1998: 67; Singer 2001/2: 214, Vines 2000: 174f.).

Pazifizierungserwartungen an die Adresse der führenden Ordnungsstaaten des internationalen Systems und der geringer gewordenen Interventionsbereitschaft dieser Staaten klafft weit auseinander, und niemand profitiert mehr davon als die privaten Militäranbieter“ (FAZ, 11.4.2002: 11).

Als dritter Grund für die Zunahme der PMCs wird die weltweite Konjunktur des Neoliberalismus angeführt. Der Trend der Privatisierung weiter Teile des öffentlichen Sektors und des Ausgliederns diverser Unternehmensbereiche in der Privatwirtschaft blieb auch für den Verteidigungssektor nicht ohne Folgen. Zahlreiche militärische (Kern-) Aufgaben wurden aus der staatlichen Kontrolle herausgelöst und an private Firmen vergeben. Ein prominentes Beispiel hierfür ist etwa die Übertragung des amerikanischen Kontingents der OSZE-Beobachtermission von 1998 im Kosovo an das US-Unternehmen DynCorp (The Sydney Morning Herald, 2.11.1998: o.S.).

4.3. Söldnerfirmen als außenpolitisches Instrument: MPRI und Sandline International

Mit Blick auf die Fallstudienarbeit soll am Beispiel zweier der bekanntesten PMCs – der amerikanischen Firma MPRI und der britischen Sandline International - nun die (enge) Verbindung dieser Unternehmen zu den Regierungen in Washington und London aufgezeigt werden. PMCs agieren häufig also keineswegs unabhängig. Im Gegenteil: Hinter Söldnerfirmen stehen Staaten.

4.3.1. Military Professional Resources Inc.

Das Unternehmen mit Sitz in Alexandria/ Virginia unweit des Pentagon wurde 1987 von acht hochrangigen ehemaligen Angehörigen der US-Streitkräfte gegründet (Isenberg 1997: 14) und beschäftigt etwa 400 feste Mitarbeiter. Seine Personaldatenbank umfasst zudem die Namen von mehr als 12.000 ehemaligen US-Militärs, die auf Abruf bereit stehen (IHT, 14.10.2002: 11)²³. Damit, so wirbt das Unternehmen auf seiner Webseite, sei MPRI „the greatest corporate assemblage of military expertise in the world“. Geführt wird MPRI von ehemaligen Spitzenmilitärs der amerikanischen Streitkräfte, darunter der pensionierte Vier-Sterne General und Leiter des Unternehmens, Carl E. Vuono, US Army Chief of Staff von 1987-1992, General Crosbie E. Saint, von 1988-1992 Kommandeur der U.S.-Armee in Europa, heute zuständig für das internationale Geschäft der Firma, und schließlich General Lieutenant Ed Soyster, ehemaliger Leiter der US Defense Intelligence Agency (DIA) und heutiger Sprecher des Unternehmens (Shearer 1998a: 34; Zarate 1998: 104).

²³ Zum Folgenden vgl. ([www.mpri.com] Accessed 2003-6-26).

Wie viele andere Sicherheits- und Militäranbieter ist auch MPRI auf dem nationalen und internationalen Markt tätig und bietet, mit Ausnahme direkter Kampfeinsätze, eine Vielzahl verschiedener militärischer Dienstleistungen an²⁴.

Außerhalb der USA ist MPRI zur Zeit in Europa, Afrika, Asien und im Nahen Osten tätig. Die wichtigsten Unternehmensaktivitäten sind hier ein 1994 begonnenes Programm zur Aufrüstung der kroatischen Streitkräfte und das ‚*Train and Equip*‘-Programm von 1996, in dessen Rahmen die bosnisch-hercegovinische Armee bis heute trainiert und mit militärischem Gerät beliefert wird (siehe Kapitel 6). In Afrika unterstützt MPRI als Teil eines US-Militärhilfeprogrammes den Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe und in Camp Doha (Kuwait) führt das Unternehmen für die amerikanischen Streitkräfte im Golf Trainingsprogramme durch. Berichtet wird, dass MPRI auch mit der logistischen Unterstützung der amerikanischen Übergangsverwaltung im Irak beauftragt wurde (taz, 22.4.2003: 5).

Die enge Verbindung von MPRI zur amerikanischen Regierung bzw. zum State Department und zum Pentagon manifestiert sich zum einen in der Tatsache, dass sich sowohl der Stamm der Mitarbeiter als auch die Führungsriege der Firma aus ehemaligen – häufig hochrangigen – Angehörigen der US-Streitkräfte rekrutiert, die weiterhin gute (persönliche) Kontakte zu den Ministerien unterhalten (Zarate 1998: 104). Zum anderen benötigen private Sicherheits- und Militäranbieter wie alle US-Firmen, die mit militärisch nutzbaren Gütern oder Dienstleistungen handeln, nach amerikanischem Recht Lizenzen des State Department, um Aufträge im Ausland durchführen zu können (Silverstein 2000: 144; Shearer 1998a: 34.). Die Einhaltung des *Arms Export Control Act* und der *International Traffic in Arms Regulations* (ITAR) wird vom *Directorate of Defense Trade Controls* (DTC) des US-Außenministeriums überwacht, das auch Lizenzen für die Ausführung von Verträgen im Ausland vergibt²⁵. Übersteigt die Summe der genehmigten Güter und Dienstleistungen das Volumen von 50 Mio. US-Dollar, muss der Kongress hiervon unterrichtet werden (Avant 2002: 2; Silverstein 2000: 167). Mit anderen Worten: Alle genehmigten Aufträge, die unter dieser Schwelle bleiben, wie beispielsweise das erwähnte *Train and Equip*-Programm für die bosnische Armee²⁶, können ohne parlamentarische Kontrolle durchgeführt werden. Nach Avant (2002: 2) ist das Lizenzvergabeverfahren unübersichtlich und „neither the companies nor independent observers are exactly clear about how the process works“. Es besteht zudem die Gefahr, dass Verträge gesplittet werden, um eine Unterrichtung des Kongresses zu

²⁴ Darunter „training and education; war gaming, modeling and operation of simulation centers; force development and management; new equipment integration and training; logistics management; democracy transition assistance programs; peacekeeping and humanitarian aid; anti-terrorism and force protection“ ([www.mpri.com/channels/capabilities.html] Accessed 2003-6-26).

²⁵ ([http://pmdtc.org/whoware.htm] Accessed 2003-6-24).

²⁶ Die Kosten des MPRI Programms beziffert der Firmensprecher Sosyter mit 40 Mio. Dollar (siehe Isenberg 1997: 9; O’Brien 1998: 90).

umgehen. Hinzu kommt: Ist die Lizenz erst einmal vergeben, findet keine weitere Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen statt (Avant 2002).

4.3.2. Sandline International

Dass auch im Vereinigten Königreich eine enge Verbindung zwischen Regierung und privaten Militärfirmen existiert, die im Vergleich zu den USA gleichwohl weit weniger formell ist, zeigt das Beispiel der britischen Firma Sandline International. Das 1993 gegründete Unternehmen wird von Tim Spicer geleitet – einem ehemaligen Colonel der britischen Streitkräfte und früheren Mitarbeiter der UN (Douglas 1999: 175-200). Als Teil der Branch-Heritage Group unterhielt Sandline enge Verbindungen mit der südafrikanischen Söldnerfirma Executive Outcomes, mit der es sich Personal und militärisches Gerät teilte.

Im Unterschied zu MPRI bietet Sandline als eines der wenigen Militärunternehmen neben anderen Dienstleistungen wie Logistik, Militärberatung und Training auch direkten „combat support and combat service support in hostile environments“ an (Firmenliteratur, zit. in Isenberg 1997: 11)²⁷. Die britische Firma verfügt hierfür unter anderem über Kampfhubschrauber und schwere Artillerie.

Bekannt wurde Sandline besonders durch die Einsätze in Papua-Neuguinea 1997, wo Sandline die Regierung im Kampf gegen die Separatisten der *Bougainville Resistance Army* (BRA) unterstützte²⁸ (Büttner 2003: 14ff.) und in Sierra Leone ein Jahr später (siehe Kapitel 7).

Während Sandline in Papua-Neuguinea offenbar ohne das Einverständnis der britischen Regierung handelte, bestehen keine Zweifel, dass der Einsatz Sandlines in Sierra Leone in Absprache mit der britischen Regierung erfolgte (siehe Kapitel 7.4.). In Großbritannien existiert zwar (noch) kein Lizenzvergabeverfahren wie in den USA, und die Verbindung zwischen PMCs und staatlichen Institutionen ist weit weniger formell²⁹. Dennoch kommt Shearer zu dem Schluss, dass „[...] a close relationship exists: most security-company personnel are former military or government employees and informal contacts are maintained. Company activities are unlikely to diverge from British government interests. [...] In many cases, these companies are either carrying out foreign policy directly, or at the least working within acceptable boundaries“ (Shearer 1998a: 36f.).

²⁷ Siehe auch ([www.sandline.com/site/index.html] Accessed 2004-7-20).

²⁸ Der Vertrag kann auf der Internetseite Sandlines eingesehen werden ([<http://coombs.anu.edu.au/SpecialProj/PNG/htmls/Sandline.html>] Accessed 2004-7-20).

²⁹ Ein *Green Paper* des britischen Außenministeriums, in welchem der Einsatz solcher Firmen unter bestimmten Bedingungen offiziell befürwortet wird, beleuchtet bereits die Möglichkeiten eines Lizenzvergabeverfahrens in Großbritannien (The Foreign and Commonwealth Office 2002).

5. Fallstudien zum Einsatz privater Söldnerfirmen in Bosnien und Sierra Leone

Anhand des Einsatzes der Militärdienstleister MPRI in Bosnien-Herzegowina und Sandline in Sierra Leone soll die oben formulierte Hypothese nun auf ihre Plausibilität hin überprüft werden.

Dabei gilt es in einem ersten Schritt, die *Kosten und Risikostruktur* sowie die *sicherheits- und machtpolitische Bedeutung* (unabhängige Variablen) der erwähnten Konflikte für die Vereinigten Staaten und Großbritannien herauszuarbeiten. Anschließend soll das Augenmerk auf die Ebene der Erklärungsansätze gerichtet und gefragt werden, ob sich die Kausalmechanismen des Demokratischen Friedens – *Werteorientierung* und *Kosten-Nutzen-Kalkül* – entsprechend der Theorie entfalten. Entstehen dabei antinomische Synergieeffekte, die zum Einsatz von Söldnerfirmen führen?

Gemäß der Hypothese müsste sich anhand der Diskurse der außenpolitisch relevanten Akteure und/ oder der vorliegenden Sekundärliteratur³⁰ nachweisen lassen, dass in beiden Fällen

1) die militärischen Risiken sowie finanziellen Kosten einer Intervention als hoch und die sicherheits- bzw. machtpolitische Bedeutung der Konflikte als gering wahrgenommen wurden, *Kosten-Nutzen-Erwägungen* also eindeutig gegen eine Intervention sprachen. Gleichzeitig müssten sich hier Hinweise für die Furcht politischer Entscheidungsträger vor den *audience costs* einer Intervention - oder aber auch Nicht-Intervention! - finden lassen;

2) massive Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen auf dem Balkan und in Westafrika in den USA und Großbritannien einen starken *normativ motivierten* Handlungsdruck zugunsten einer Intervention erzeugten;

3) die Antezedenzbedingungen ‚*internationale Vereinbarungen*‘ und/ oder ‚*Interessen verbündeter Staaten*‘ für die politischen Entscheidungsträger in den USA und im Vereinigten Königreich von Bedeutung waren und die widersprüchliche Wirkung rationaler Kosten-Nutzen-Erwägungen und demokratischer Werteorientierung verstärkten.

³⁰ Weil vieles in Bezug auf die Risiko- und Kostenperzeption nicht allein aus Diskursen erschlossen werden kann, ist es sinnvoll, Expertenmeinungen hinzu zu ziehen. Für die amerikanische Bosnienpolitik hauptsächlich Burg/ Shoup (1999), Calic (1996), Gow (1997) und Paulsen (1995). Hasenclever (2000) nimmt ebenfalls eine Fallstudie zum Bosnienkrieg vor, deren Ergebnisse hinsichtlich der Entfaltung des normativen Kausalmechanismus der DF-Theorie aufschlussreich sind. Für die Sierra Leone-Politik New Labours wurden in erster Linie Abrahamsen/ Williams (2001) Wheeler/ Dunne (1998, 2001) und Williams (2001) konsultiert. Der Experte für das westafrikanische Land ist Reno (1995, 1997, 1998).

6. Der Krieg in Bosnien-Herzegovina

Nach einem Überblick über den Kriegsverlauf in Bosnien-Herzegovina (6.1.) wird in einem zweiten Schritt die Wahrnehmung des strategischen Interesses und der Kosten- bzw. Risikostruktur (unabhängige Variablen) des Konflikts durch die außenpolitisch relevanten Akteure in den Vereinigten Staaten herausgearbeitet (6.2.). Anschließend werden die Ursachen für den Einsatz der US-Militärfirma MPRI durch die amerikanische Administration untersucht, und es wird beleuchtet, ob und wie sich die Kosten- und Risikostruktur des Bosnienkrieges vom Amtsantritt Clintons 1993 bis zum Dayton-Abkommen Ende 1995 veränderte. Hierbei lassen sich drei Phasen unterscheiden: Die Entstehung der ‚*Lift and Strike*‘-Strategie zu Beginn der Amtszeit Clintons (6.3.), die Entscheidung im Frühjahr 1994 zur Unterstützung der kroatischen Armee durch MPRI und der bosnisch-muslimischen Föderation durch die heimliche Lieferung von Waffen (6.4.) und schließlich der Beginn der kroatischen Krajina-Offensive und der Operation ‚*Deliberate Force*‘ der NATO im Sommer 1995 (6.5.).

6.1. Überblick über den Konfliktverlauf

Als am 21. November 1995 das Abkommen von Dayton unterzeichnet wurde, ging in Bosnien ein annähernd vier Jahre dauernder, äußerst brutaler Bürgerkrieg zu Ende, der über 200.000 Menschen das Leben gekostet und Millionen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen hatte³¹.

Die im Frühjahr 1992 in Slowenien und Kroatien aufgeflammtten Kampfhandlungen konnten durch die Stationierung der *United Nations Protection Force* (UNPROFOR) zwar allmählich beendet werden. Nachdem Präsident Izetbegovic am 2. März 1992 aber die Unabhängigkeit Bosniens verkündet hatte, explodierte dort die Gewalt zwischen bosnischen Serben auf der einen und muslimisch-kroatischen Regierungstruppen auf der anderen Seite. Allerdings war auch die muslimisch-kroatische Allianz nicht von Bestand. Wegen Differenzen über den Vance-Owen-Plan³² kam es im Januar 1993 zum Bruch zwischen beiden Seiten, und der Konflikt eskalierte in einen Mehrfrontenkrieg. Erst im März 1994 und auf massiven Druck der USA hin, konnte die Gewalt zwischen bosnischen Kroaten und Muslimen beendet werden. Im ‚Washingtoner Abkommen‘ wurde die Bildung einer kroatisch-muslimischen Föderation und die Integration beider militärischer Verbände in eine

³¹ Siehe Burg/ Shoup (1999: Kap. 4-7), Calic (1996), Gow (1997), Hasenclever (2001: 345-361), Sloan (1998) und die Informationen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) ([www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/211_Bosnien.htm) Accessed 2003-7-25).

³² Der Vance-Owen-Plan sah einen föderalisierten, multiethnischen bosnischen Staat vor, wurde aber im Frühjahr 1993 von den bosnischen Serben abgelehnt (siehe Calic 1996: 196-201). Zwischen bosnischen Muslimen und Kroaten kam es über politisch-militärische Fragen in den gemeinsam verwalteten Provinzen zum Bruch (siehe Burg/ Shoup 1999: 227ff; Ivankovic/ Melcic 1999: 423-445).

gemeinsame Streitkraft beschlossen. Nicht zuletzt mit Hilfe heimlicher Lieferungen (iranischer) Waffen und militärischem Training der Koalition durch die Vereinigten Staaten, veränderten sich die militärisch-politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der kroatisch-muslimischen Allianz, die im Sommer 1995 weite Teile der von den bosnischen Serben zuvor eroberten Gebiete zurückgewinnen konnte. Die so entstandene Pattsituation und das massive militärische Eingreifen im Rahmen der Operation ‚Deliberate Force‘, zu dem sich die internationale Gemeinschaft nach dem Scheitern ihrer Bosnienpolitik durchgerungen hatte, führten schließlich zu einem Einlenken der bosnischen Serben und machten den Weg zum Dayton-Abkommen frei.

6.2. Der Bosnienkrieg und die USA: Kostenstruktur und strategische Bedeutung

Trotz der Gefahr einer möglichen regionalen Ausweitung des Konflikts waren aus Sicht der US-Regierung amerikanische *Macht- und Sicherheitsinteressen* durch den Ausgang des Bosnienkrieges nicht berührt (Bert 1997: 109; Calic 1996: 162; Gow 1997: 206f.; Paulsen 1995: 71). David Gompert, ein hoher Regierungsbeamter, brachte dies rückblickend unmissverständlich zum Ausdruck: „Clearly, and correctly, American leaders did not see ‚vital‘ national interests imperiled by the Yugoslav conflicts“ (zit. in Burg/ Shoup 1999: 200f.). Und auch Außenminister Baker selbst ließ an der geringen strategischen Bedeutung des Bosnienkrieges keinen Zweifel: „Our vital national interests were not at stake. The Yugoslav conflict had the potential to be intractable, but it was nonetheless a regional dispute“ (zit. in Burg/ Shoup 1999: 201).

Gleichzeitig zeigt sich, dass die potentiellen *militärischen Risiken* des Bosnienkrieges in den USA als außerordentlich hoch eingeschätzt wurden. Der Vorsitzende der Vereinten Stabschefs, Powell, sprach sich ebenso wie andere führende Mitarbeiter des Pentagons wiederholt gegen ein militärisches Eingreifen aus. Selbst in ihrem Umfang beschränkte Luftschläge wurden abgelehnt, weil diese nach Ansicht des Verteidigungsministeriums unweigerlich den Einsatz von Bodentruppen nach sich gezogen hätten (Burg/ Shoup 1999: 200). Angesichts des Kampfverlaufes in Bosnien wurden immer wieder Parallelen zum amerikanischen Scheitern in Vietnam und im Libanon gezogen. Die Verwicklung in einen langen und verlustreichen Guerilla-Krieg wollte Präsident Bush aber unbedingt vermeiden: „I am not interested in seeing one single United States soldier pinned down in some kind of guerilla environment“ (zit. in CQ Almanac 1992: 532). Auch Abgeordnete und Senatoren lehnten - von einigen Ausnahmen abgesehen - eine Intervention in Bosnien ab, dasselbe galt für die amerikanische Bevölkerung, wie Umfragen aus dem Jahr 1992 belegen (Sobel 1996: Table 6.7).

In den Vereinigten Staaten stand man gerade im Wahljahr 1992 und vor dem Hintergrund anhaltender wirtschaftlicher Probleme auch den zu erwartenden *hohen*

finanziellen Kosten einer militärischen Operation - für ein Eingreifen mit 60.000 Mann rechneten britische Experten mit jährlichen Kosten in Höhe von 2,5 Mrd. Pfund (Calic 1996: 161) - ablehnend gegenüber. Der Bosnienkrieg war also von Beginn an mit hohen militärischen Risiken und finanziellen Kosten verbunden, für die Vereinigten Staaten zugleich aber von zu vernachlässigender strategischer Bedeutung. Aus Kosten-Nutzen-Erwägungen sprach damit alles gegen ein Eingreifen der USA in den Konflikt.

Dennoch verfolgte die Bush-Regierung ab Mitte des Jahres 1992 eine engagiertere Bosnienpolitik. Sie erhöhte den diplomatischen Druck auf Serbien und Montenegro und stellte humanitäre Hilfe für die leidende Zivilbevölkerung in Aussicht (Paulsen 1995: 76, 93). Das lag aber weniger an einer Änderung des Kosten-Nutzen-Kalküls als vielmehr an der Furcht der Bush-Regierung vor den *politischen Kosten* einer zu passiven Bosnienpolitik. Denn angesichts von Berichten über ‚ethnische Säuberungen‘ und die Existenz serbischer Konzentrationslager entstand in der amerikanischen Öffentlichkeit und im Kongress ein zunehmender (normativer) Druck auf die Regierung, insbesondere zugunsten der unterlegenen bosnischen Muslime einzugreifen. Eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen Mobilisierung spielten vor allem jüdische und muslimische Organisationen, die ein energisches Eingreifen in Bosnien forderten (Paulsen 1995: 85).

Medienberichte und die Mobilisierung der Lobbys blieben ebenfalls nicht ohne Wirkung auf den Kongress, der nun zunehmend auf die Aufhebung der Waffensperre gegen die muslimische Seite drängte. Das 1991 über ganz Jugoslawien verhängte Waffenembargo wurde von zahlreichen Senatoren und Abgeordneten als zutiefst ungerecht empfunden, da es, so die Argumentation, die ohnehin gut ausgerüsteten Serben nicht treffe, den militärisch unterlegenen Muslimen jedoch das Recht auf Selbstverteidigung verwehre (Paulsen 1995: 87, 89; CQ, 17.4.1993: 960).

Die politischen Kosten für Bush erhöhten sich nicht zuletzt auch, weil dessen demokratischer Herausforderer Clinton die Bosnienpolitik der Regierung mehr und mehr zum Wahlkampfthema machte. Dabei sprach er sich ebenso wie zahlreiche andere Kongressmitglieder für die selektive Aufhebung des Waffenembargos sowie für Luftangriffe gegen serbische Stellungen aus (WP, 10.8.1992: A12) und kritisierte die Passivität der Bush-Regierung immer wieder scharf: „[o]nce again the administration is turning its back on violations of basic human rights and our own democratic values“ (zit. in Gow 1997: 207f.).

6.3. Die Bosnienpolitik der USA I: Die Clinton-Regierung und ‚Lift and Strike‘

Nichtsdestotrotz veränderte die Clinton-Administration die amerikanische Bosnienpolitik nach dem Wahlsieg zunächst nur graduell, musste vor dem Hintergrund der Entwicklungen auf dem Balkan aber bald Kurskorrekturen vornehmen. Dort rückte nach dem Scheitern des Vance-Owen Plans im Frühjahr 1993

ein Friedensschluss in weite Ferne. Gleichzeitig verschlechterte sich die humanitäre Situation in Bosnien weiter, ganz besonders in den eingeschlossenen Städten in Ostbosnien, in denen Krankheit und Hunger ausbrachen (Sloan 1998: 27).

Durch den Abwurf von Lebensmitteln über den betroffenen Gebieten (Calic 1996: 179; Paulsen 1995: 113) und der Überwachung der zum Schutz der Hilfskonvois zuvor eingerichteten Flugverbotszonen (Operation ‚*Deny Flight*‘) versuchte die Clinton-Administration, den auf ihr lastenden Handlungsdruck abzufedern. Ohne Erfolg. Nicht nur gesellschaftliche Gruppen und Teile des Kongresses, selbst Mitglieder der Regierung wie etwa Außenminister Christopher drängten nun immer stärker auf eine aktivere Rolle der Vereinigten Staaten (Peceny 2000: 8). Die amerikanische UN-Botschafterin Albright, Vizepräsident Gore und der nationale Sicherheitsberater Lake sprachen sich angesichts der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen sogar wiederholt für Luftangriffe gegen serbische Ziele aus (Burg/ Shoup 1999: 223).

So nachdrücklich ein stärkeres Engagement der Vereinigten Staaten auf dem Balkan auch gefordert wurde, so darf dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gegner einer militärischen Intervention nach wie vor in der Mehrheit waren. Nicht nur der Kongress stand mit dem Hinweis auf die Debakel in Vietnam und im Libanon einer Verwicklung in den bosnischen Bürgerkrieg mehrheitlich ablehnend gegenüber. Auch das Pentagon zweifelte am Sinn einer Militäraktion. Hier rückte man die Schwierigkeiten möglicher Luftangriffe in den Vordergrund - das Risiko für die Piloten, die Gefährdung von Zivilisten und die mangelnde Effizienz von Luftschlägen im hügeligen und bewaldeten Gelände Bosniens (Bert 1997: 158; Burg/ Shoup 1999: 200; Paulsen 1995: 122).

Schließlich zeigte sich in Meinungsumfragen, dass auch die amerikanische Bevölkerung zwar für die Aufhebung des Embargos, zugleich aber gegen eine unilaterale amerikanische Intervention mit Bodentruppen war – und diese Ablehnung überwog während des gesamten Kriegsverlaufes (CRS Issue Brief, 30.11.1994: 2; Paulsen 1995: 126; Sobel 1996: Table 6.9).

Angesichts der Komplexität des bosnischen Herrschaftskonflikts und der widersprüchlichen Signale aus Parlament und Gesellschaft tat sich die Administration schwer, zu einer klaren Haltung zu finden. Dennoch entschied sich die Clinton-Regierung im Mai 1993 für eine – halboffizielle – Strategie. Diese sah die selektive Aufhebung des Embargos und Waffenlieferungen an die bosnisch-muslimische Seite sowie - komplementär hierzu – strategische Luftangriffe gegen serbische Stellungen und deren Nachschublinien vor (Paulsen 1995: 118ff.). Ziel dieser als ‚*Lift and Strike*‘ bekannt gewordenen Strategie war es, die militärischen Kräfteverhältnisse in Bosnien zugunsten der unterlegenen Muslime zu verändern und somit ein tragfähiges Friedensabkommen zu erzielen (Burg/Shoup 1999: 251). Das in den Vereinigten Staaten durchaus mehrheitsfähige Konzept wurde von den wichtigsten Partner der USA, besonders von Briten und Franzosen, jedoch entschieden abgelehnt. Sie

fürchteten, dass die Aufhebung des Waffenembargos den Konflikt weiter anheizen und Luftschläge gegen die bosnischen Serben ihre nur leicht bewaffneten Blauhelme serbischen Repressionen aussetzen würden (siehe z.B. Sobel 2001: 186). Der französische Außenminister Juppé drohte sogar mit einem sofortigen Abzug der französischen UNPROFOR-Kontingente, sollte das Embargo aufgehoben werden (Burg/Shoup 1999: 251).

In den Vereinigten Staaten war man von der Ablehnung des Vorschlages durch die Europäer zwar enttäuscht, gleichwohl zeigte Präsident Clinton Verständnis für die Sorgen der Verbündeten: „[T]here’s more reluctance on the part of some Europeans than there is on the part of the United States, because they do have troops on the ground” (zit. in Sobel 2001: 214) und zog seine Pläne zurück. Er wollte offenbar die aufgrund von Differenzen über die Bosnienpolitik ohnehin angespannten Beziehungen zu den NATO-Partnern nicht weiter belasten. Peceny (2000: 9) drückt das so aus: „Clinton backed down from the policy of lift and strike because he considered the protection of America’s ties to its liberal Nato allies more important than the outcome in Bosnia“ (siehe auch Gow 1997: 221).

Die Forderungen der außenpolitisch relevanten Akteure in den Vereinigten Staaten ergeben also ein äußerst widersprüchliches Bild: Vor dem Hintergrund massiver Menschenrechtsverletzungen wurde zugleich *sowohl* eine engagiertere Bosnienpolitik verlangt *als auch* Zurückhaltung angesichts der drohenden finanziellen Kosten und militärischer Risiken eines Konflikts gefordert, dessen Ausgang für die Macht und Sicherheitsinteressen der USA unerheblich war und der bei vielen Amerikanern die Erinnerung an Vietnam wachrief. Dieses Spannungsverhältnis zwischen interventionsgeneigter Werteorientierung und risikoaverser Kosten-Nutzen-Kalkül hätte durch die ‚*Lift and Strike*‘ Option nun wesentlich reduziert werden können: Durch weitgehend risikofreie Luftschläge wäre ein sichtbares Zeichen gesetzt worden, der serbischen Aggression nicht länger tatenlos zuzusehen (Peceny 2000: 8). Und das selektive Aufheben des Waffenembargos hätte die unterlegenen Muslime in die Lage versetzen sollen, sich selbst zu verteidigen und den Einsatz amerikanischer (Boden-) Truppen somit zu vermeiden.

6.4. Die Bosnienpolitik der USA II: Iranische Waffen und der Einsatz von MPRI

Nach der Ablehnung von ‚*Lift and Strike*‘ durch ihre Verbündeten zog sich die amerikanische Regierung zunächst auf eine defensivere Position zurück und überließ den Europäern die Führung der Friedensbemühungen in Bosnien. Allerdings blieben alle weiteren Initiativen³³, den Krieg zu beenden, ohne Erfolg. Schlimmer noch: Die

³³ Hierzu zählen der Owen/ Stoltenberg-Plan - der eine Konföderation dreier unabhängiger ethnischer Staaten vorsah -, der ‚Kontaktgruppen-Plan‘ und zahlreiche Waffenstillstände und Ultimaten, welche die Kämpfe allesamt aber nicht beenden konnten (siehe etwa Calic 1996: 186-216).

humanitäre Situation in Bosnien verschärfte sich immer weiter und gipfelte 1993/1994 schließlich in den Angriffen auf die UN-Sicherheitszonen Sarajevo und Gorazde durch bosnisch-serbische Verbände.

In den USA wurden die Forderungen nach einer selektiven Aufhebung der Waffensperre nun noch vehementer vorgetragen. Im Sommer 1994 stimmten beide Häuser des amerikanischen Kongresses (in nicht-bindenden Resolutionen) für eine unilaterale Aufhebung des Waffenembargos (CQ Almanac 1994: 448f.), und zahlreiche Abgeordnete sprachen sich nun auch für umfangreiche Luftangriffe gegen die bosnischen Serben aus. Die wenigsten Abgeordneten waren jedoch „willing to support costly, dangerous military missions [with ground troops] in situations where no clear U.S. interests were at stake“ (CQ Almanac 1994: 447). Dieses Bild spiegelte sich auch in Meinungsumfragen wider. Präsident Clinton, der sich der Stimmung in der Bevölkerung bewusst war, bekräftigte mehrfach, dass er keine Bodentruppen in den bosnischen Bürgerkrieg entsenden werde (Sobel 2001: 215).

Angesichts des sich fortwährend erhöhenden Handlungsdruckes verfolgten die USA ab Anfang 1994 parallel zu den internationalen diplomatischen Bemühungen eine eigene Strategie, die aus zwei Komponenten bestand: *Erstens* der Unterstützung Kroatiens als regionale Gegenmacht zu Serbien und *zweitens* der Beendigung der Kämpfe zwischen den bosnischen Kroaten und Muslimen und die Bildung einer kroatisch-muslimischen Allianz als Gegengewicht zu den bosnischen Serben in Bosnien-Herzegowina (Burg/ Shoup 1999: 327). Beides, die Unterstützung der kroatisch-muslimischen Föderation und Kroatiens, sollte von immenser Bedeutung für den weiteren Verlauf des Krieges sein.

Die Beendigung der im Frühjahr 1993 zwischen bosnischen Muslimen und bosnischen Kroaten ausgebrochenen Kampfhandlungen gelang schließlich am 1. März 1994 mit der Unterzeichnung des *Washington Agreement*. Beide Seiten verabredeten in dem Abkommen die Bildung einer kroatisch-muslimischen Föderation und die Integration ihrer Militärverbände in eine gemeinsame Streitkraft (CRS Report for Congress, 12.4.1995).

Wegen des nach wie vor gültigen Waffenembargos konnten die USA aber weder die Kroaten noch die kroatisch-muslimische Föderation militärisch unterstützen – zumindest nicht offen. Heimlich wurden jedoch große Mengen (iranischer) Waffen an die Föderation geliefert (z.B. WP, 28.7.1995: A32; The Observer, 5.11.1995:25). Berichte über die nächtlichen Waffenabwürfe riefen bei den verbündeten Franzosen und Briten große Verärgerung hervor. In den USA wurden Mitglieder der Clinton-Regierung in der Sache vor zahlreichen Ausschüssen vernommen. Das Repräsentantenhaus richtete sogar eine Untersuchungskommission ein (*The Iranian Green Light Subcommittee*), die herausfinden sollte, ob es sich bei den Waffenlieferungen um eine illegale verdeckte Operation gehandelt hatte (zum Beispiel NYT, 26.4.1996: A6).

Sehr viel diskreter lief hingegen die Unterstützung der kroatischen Seite ab. Bereits wenige Tage nach der Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens wurde vom Pentagon ein Kontakt zwischen dem kroatischen Verteidigungsministerium und dem amerikanischen Militärdienstleister MPRI hergestellt. Nachdem ein Vertrag zwischen beiden Seiten unterzeichnet worden war und das Unternehmen eine Lizenz des Außenministeriums erhalten hatte, nahm im Januar des folgenden Jahres ein 14-köpfiges Team des Unternehmens seine Arbeit in Kroatien auf (WP, 11.8.1995: A1). Ziel des Einsatzes von MPRI war es, die kroatischen Streitkräfte auszurüsten und zu trainieren, um auf diese Weise das *regionale* militärische Kräfteverhältnis zwischen Kroatien und Serbien zugunsten der Kroaten zu verbessern. Denn in einer ausgeglichenen militärischen Balance sah die Clinton-Administration den Schlüssel zur Beendigung der Kämpfe.

6.5. Die Bosnienpolitik der USA III: ‚Deliberate Force‘ und das Ende des Bürgerkrieges

Im Herbst 1994 und anschließend im Frühjahr und Sommer 1995 brachen in Bosnien Kämpfe von bis dahin ungekannter Heftigkeit aus – mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung. Aus den *safe areas* Bihac, Gorazde, Srebrenica und Zepa wurden erste Hungertote gemeldet, im Juli stürmten General Mladics Truppen die UN-Schutzzone Srebrenica und töteten und vertrieben vor den Augen der vor Ort stationierten Blauhelme Tausende Muslime (Hasenclever 2000: 408). Angesichts der Hilflosigkeit der internationalen Gemeinschaft stieg der Druck auf die amerikanische Administration immens an, nun endlich eine führende Rolle bei der Beendigung des Konflikts einzunehmen. Nicht zuletzt machte auch der nahende Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes die rasche Beendigung des Bürgerkrieges zu einer dringlichen Aufgabe.

Innenpolitisch hatte sich der Druck auf Clinton bereits seit dem Erdrutsch-Sieg der Republikaner bei den Kongresswahlen im November 1994 erheblich erhöht (Bert 1997: 223; Hasenclever 2000: 378f.). Der republikanische Senator Dole, aller Voraussicht nach Herausforderer Clintons bei den Präsidentschaftswahlen 1996 und einer der Hauptadvokaten einer selektiven Aufhebung des Embargos und von Luftschlägen, war nun Mehrheitsführer im Senat und ließ keine Gelegenheit aus, die amerikanische Bosnienpolitik anzuprangern. Im Weißen Haus sah man ab Mitte 1995 „the Bosnia issue as a political time bomb that could go off in the 1996 campaign“ und fürchtete, dass „the Administration’s entire foreign policy record will ultimately be judged on the outcome of the Bosnia crisis“ (NYT, 19.8.1995: A6). Aus diesem Grund sollte nun alles daran gesetzt werden, den Konflikt vor dem Winter 1995 zu lösen (Burg/ Shoup 1999: 319f.).

Diese Aufgabe erschwerte sich für die Clinton-Administration aber erheblich, als der Senat am 26. Juli mit 69 zu 29 Stimmen und das Repräsentantenhaus am 1. August

mit 298 zu 128 Stimmen für eine von den Senatoren Dole und Liebermann auf den Weg gebrachte Gesetzesinitiative zur unilateralen Beendigung des Waffenembargos (S 21) und damit für eine *de facto* Bewaffnung³⁴ der bosnischen Muslime stimmten (CQ Almanac 1995: 10-11). Um S 21 zu verhindern, musste Clinton sogar von seinem Veto-Recht Gebrauch machen. Weil die Gesetzesinitiative aber *veto-proof* war, riskierte der Präsident über kurz oder lang eine Überstimmung seines Vetos und damit eine schwere innenpolitische Beschädigung (Calic 1996: 246). Clinton musste die geforderte Aufhebung des Embargos aber unbedingt verhindern, andernfalls drohte der sofortige Abzug der UNPROFOR - das hatten die Franzosen und Briten mehrfach unmissverständlich zum Ausdruck gebracht (CQ Almanac 1995: 10-13). Und damit nicht genug: Eine Evakuierung des UNPROFOR-Personals hätte wiederum den Einsatz von US-Bodentruppen nötig gemacht, den der amerikanische Präsident den NATO-Partnern für einen solchen Fall bereits 1994 zugesagt hatte. Die Entsendung amerikanischer (Boden-) Truppen wurde jedoch vom Kongress und der Bevölkerung mit großer Mehrheit abgelehnt. Hätte Clinton allerdings seine Zusage an die Alliierten gebrochen, wäre damit der Zusammenhalt der NATO endgültig aufs Spiel gesetzt worden (Hasenclever 2000: 371).

Der Clinton-Regierung blieben also zwei Möglichkeiten: Die Evakuierung der UNPROFOR-Kontingente mit einem massiven Aufgebot an US-Bodentruppen oder aber die militärische Erzwingung eines Friedensabkommens (CQ Almanac 1995: D27; Calic 1996: 247; Gow 1997: 274f.). Vor diese Wahl gestellt, optierte die amerikanische Regierung für Letzteres. Nicht unerheblich für diese Entscheidung war wohl auch, dass die Zustimmung der amerikanischen Wähler zu Clintons Bosnienpolitik enorm gesunken war, im Juni 1995 auf nur 33% (NBC Umfrage zit. in Sobel 2001: 217).

Voraussetzung für den Wandel der amerikanischen Bosnienpolitik war aber, dass sich im Sommer 1995 aufgrund der militärischen Situation in Bosnien überhaupt erst die Möglichkeit ergeben hatte, ein Ende der Kämpfe zu erreichen. Die Strategie mit Hilfe von heimlichen Waffenlieferungen und des Einsatzes von MPRI das militärische Kräfteverhältnis zugunsten der muslimisch-kroatischen Föderation gegenüber den bosnischen Serben einerseits und Kroatiens gegenüber Serbiens andererseits zu verbessern, hatte Wirkung gezeigt.

Nachdem die kroatische Armee bereits im Mai serbisch besetztes Gebiet im kroatischen Westslawonien zurückerobert hatte (Operation ‚Flash‘), unternahmen die Streitkräfte Kroatiens und Bosniens eine erste gemeinsame Militäroffensive gegen

³⁴ S 21 sah keine direkte Militärhilfe für die bosnischen Muslime vor. Der Präsident sollte das Embargo für null und nichtig erklären und damit andere Staaten dazu ermuntern, Waffen an die Muslime zu liefern (CQ Almanac 1995: 10-11).

Verbände der bosnischen Serben im Livno-Tal im Südwesten Bosniens³⁵. Die Geländegewinne im Livno Tal brachten die kroatischen Verbände in eine günstige Position für einen Angriff auf die benachbarte Krajina, die seit 1991 ebenfalls serbisch besetzt war.

Trotz bestehender Einwände innerhalb der Clinton-Administration gegen eine Offensive in der Krajina – man fürchtete das Eingreifen Milosevics zugunsten der Krajina-Serben, die zu mehreren Hunderttausenden in der Region lebten (Daalder 2000: 122; Hasenclever 2000: 412) - entschied man sich in Washington, die kurz bevorstehende kroatische Offensive nicht zu behindern (Burg/ Shoup 1999: 327; Daalder 2000: 122). Für einen Angriff sprach nämlich, dass sich mit der Eroberung der Krajina die strategische Position der bosnischen Serben, denen so eine zwischen Kroatien und Bosnien gelegene Pufferzone verloren ginge, entscheidend verschlechtern würde. Damit hoffte man auf eine steigende Bereitschaft der bosnischen Serben zur Beendigung der Kämpfe (Calic 1996: 243).

Am 4. August begann die kroatische Armee dann die groß angelegte Operation ‚*Storm*‘, die in Ausmaß und militärischer Ausführung viele Militärexperten überraschte (Shearer 1998a: 58). In nur vier Tagen eroberten circa 130.000 kroatische Soldaten fast alle Gebiete, die von den Serben 1991 besetzt worden waren, zurück – immerhin 10.500 km² oder 20% des kroatischen Staatsgebietes (Zarate 1998: 107; Zunec 2001: 69f.). Die Angriffe der vormals schlecht ausgerüsteten, eher sowjetisch geprägten kroatischen Armee erinnerten nach einigen Monaten des Trainings durch MPRI – das Unternehmen soll auch direkt an den Vorbereitungen der Krajina-Offensive beteiligt gewesen sein (Burg/ Shoup 1999: 339; Silverstein 2000: 172) - nun viele Beobachter stark an eine „US-style attack“ (Zarate 1998: 107), in der Luftangriffe, Artillerie und schnelle Infanteriebewegungen zeitgleich zusammengeführt wurden (Gaul 1998: 2). Entscheidend für den militärischen Erfolg war neben der überraschend hohen Schlagkraft der kroatischen Armee aber auch, dass Milosevic anders als befürchtet nicht auf der Seite der Krajina-Serben eingriff.

Von einem militärischen Standpunkt aus war die Operation ‚*Storm*‘ ein spektakulärer ‚Erfolg‘ der Kroaten und ermöglichte während anschließender gemeinsamer Offensiven mit der bosnischen Armee im August und September weitere wichtige Gebietsgewinne in Bosnien-Herzegowina (Burg/ Shoup 1999: 331; Calic 1996: 244). Den kroatisch-bosnischen Vorstößen kamen ab dem 29. August 1995 auch die umfangreichen Luftangriffe der NATO auf serbische Ziele (Operation ‚*Deliberate Force*‘) zugute. Anders als in der irakischen Wüste 1991 hatten im hügeligen und bewaldeten Gelände Bosniens allerdings auch massivste Bombardements *allein* keine Aussicht auf Erfolg. Da aber keine westliche Regierung - und am wenigsten die Clinton-Administration – zur Entsendung der nötigen Bodentruppen bereit war,

³⁵ Dem war ein Beistandsabkommen zwischen Tudjman und Izetbegovic vorausgegangen, an dessen Zustandekommen die USA ebenfalls beteiligt waren (Calic 1996: 244; Daalder 2000: 120, Moore 1995)

übernahmen die von MPRI trainierten und aufgerüsteten kroatischen Streitkräfte diese Funktion: „Croatian troops provided the heretofore missing ground forces necessary to ensure the success of a U.S. air campaign“ (Burg/ Shoup 1999: 327).

Die Kehrseite der Medaille war aber, dass es in der Krajina mit der Vertreibung von 170.000 – 200.000 serbischen Bewohnern zur größten ‚ethnischen Säuberung‘ des Krieges und zu weiteren massiven Menschenrechtsverletzungen durch kroatische Verbände kam (zum Beispiel Calic 1996: 243; Daalder 2001: 123; Silverstein 2000: 172). Wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag Anklage gegen den Befehlshaber der Krajina-Offensive, General Ante Gotovina, erhoben³⁶.

Die Eroberung der Krajina und der anderen erwähnten Gebiete durch die kroatische und bosnische Armee führte zu einer „radical redistribution of the territories under Croat, Muslim, and Serb control [...] shifting the military and political balance decisively in favor of the Croatian-Bosnian Muslim-Bosnian Croat alliance“ (Burg/ Shoup 1999: 331, siehe auch Bert 1997: 223; Calic 1996: 243f.; Daalder 2000: 123; Gow 1997: 276f.; Sloan 1998: 76). Serbisch kontrolliertes Gebiet in Kroatien verringerte sich von 23% auf weniger als 3% und das von den bosnischen Serben gehaltene Territorium in Bosnien-Herzegowina von anfangs 70% auf nun unter 50% (Gow 1997: 278). Damit näherte sich die Gebietsverteilung der bereits im Kontaktgruppen-Plan angestrebten Aufteilung des Staatsgebietes zwischen bosnischen Serben, denen 49% des Territoriums zugesprochen wurde, und der kroatisch-muslimischen Föderation, die 51% des Staatsgebietes erhalten sollte, an. Eine solche Aufteilung war von den militärisch bislang überlegenen bosnischen Serben zuvor immer wieder abgelehnt worden. Erst mit den Militärerfolgen der Kroaten und Muslime änderten sie ihre Haltung, und der Weg zum Dayton Abkommen wurde frei (Calic 1996: 244).

Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens war der Einsatz von MPRI aber keineswegs beendet. Im Gegenteil: Nach dem Einsatz in Kroatien wurde die amerikanische Firma beauftragt, im Rahmen eines millionenschweren Programms, dem sogenannten *Train and Equip Program*, nun auch die bosnisch-muslimischen Streitkräfte militärisch aufzurüsten und zu trainieren.

Der Kongress hatte nämlich noch während der Verhandlungen auf der Luftwaffenbasis in Dayton die Entsendung von 20.000 US-Soldaten im Rahmen der geplanten Friedensmission mit dem Hinweis auf das Risiko für die US-Streitkräfte

³⁶ Zu den Kriegsverbrechen der kroatischen Streitkräfte an der serbischen Bevölkerung siehe Anklageschrift des UN-Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien unter ([www.un.org/icty/indictment/english/got-ii010608e.htm] Accessed 2004-7-20).

abgelehnt³⁷. Damit wäre die Friedensinitiative der Clinton-Regierung beinahe zum Scheitern gebracht worden, denn die bosnische Seite hatte ihre Zustimmung zum Abkommen von der Entsendung amerikanischer Soldaten abhängig gemacht. Mit anderen Worten: Der *selbe* amerikanische Kongress, der mit S 21 nur wenige Monate zuvor den amerikanischen Präsidenten mit großer Mehrheit zu einem energischeren Eingreifen in Bosnien und zur Aufhebung des Embargos gedrängt hatte, war nun nicht mehr bereit, für die Sicherung des Friedensabkommens US-Streitkräfte bereitzustellen (Peceny 2000: 10).

Erst als Clinton versicherte, dass er die bosnisch-muslimische Seite militärisch trainieren und aufrüsten würde, stimmte der Senat schließlich zu. Hintergrund für die Aufrüstung der bosnischen Armee, die in den USA nach wie vor als militärisch unterlegen erachtet wurde, war die Hoffnung auf die rasche Herstellung eines ausgeglichenen militärischen Kräfteverhältnisses innerhalb Bosnien-Herzegowinas und auf einen baldigen Abzug der internationalen Schutztruppe. Der demokratische Senator Biden, einer der vehementesten Befürworter einer Aufrüstung der bosnischen Armee, drückte dies so aus: „We will not be able to leave until the Bosnian government is able to defend itself [...]. That’s the ticket home for Americans“ (zit. in: Time Magazine, 15.1.1996: 34).

Angesichts des ‚Erfolgs‘ von MPRI in Kroatien war es wenig überraschend, dass das Unternehmen nun auch den Zuschlag für die Aufrüstung und das Training der bosnischen Armee erhielt³⁸. Das hatte für die Vereinigten Staaten nicht zuletzt finanzielle Vorteile: Von den Kosten des *Train and Equip*-Programmes in Höhe von 400 Mio. Dollar wurden 300 Mio. von islamischen Staaten wie Brunei, Kuwait, Malaysia, Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten getragen (Shearer 1998a: 60f). Damit, so ein Mitarbeiter des US-Außenministeriums, verfolgte MPRI amerikanische Interessen „with someone else’s money“ (zit. in Shearer 1998a: 61).

6.6. Zusammenfassung

Die Strategie der Clinton-Administration, mit Hilfe von MPRI und heimlichen Waffenlieferungen das militärische Kräfteverhältnis in Bosnien-Herzegowina so zu verändern, dass ein Ende der Kämpfe erreicht werden konnte, erscheint auf den ersten Blick als reine ‚Realpolitik‘ - der damalige UN-Generalsekretär Boutros-Ghali sprach

³⁷ Gallup- und PIPA-Umfragen vom September und November 1995 ergeben indes ein differenzierteres Bild. Demnach war eine Mehrheit zwar gegen die Entsendung von US-Truppen. Ein nicht unerheblicher Teil der amerikanischen Öffentlichkeit würde im Falle einer (erfolgreichen) Intervention aber eigene Verluste in der Größenordnung von 50-100 Toten in Kauf nehmen (Sobel 1996: 150). Diese Ergebnisse deuten auf eine Diskrepanz zwischen politischen Entscheidungsträgern und öffentlicher Meinung hinsichtlich der Opferbereitschaft hin.

³⁸ Die offene Militärhilfe durch MPRI wurde möglich, da auf amerikanischen Druck hin zuvor das Waffenembargo aufgehoben worden war.

im Zusammenhang der amerikanischen Bosnienpolitik sogar von „obscure Machiavellian calculations“ (zit. in Sobel 2001: 185).

Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich diese Vorgehensweise jedoch als das ‚antinomische‘ Ergebnis aus demokratischen Normen und rationalem Kalkül: Massive, fortdauernde Menschenrechtsverletzungen verlangten nach einem Eingreifen zugunsten der bosnischen Bevölkerung. Gleichzeitig sprachen die hohen militärischen Risiken sowie finanziellen und vor allem politischen Kosten einer Intervention in einen Konflikt, der die eigenen Macht- und Sicherheitsinteressen nicht berührte, klar gegen eine solches Engagement. Die ‚Lift and Strike‘-Option hätte die widersprüchliche Wirkung demokratischer Werteorientierung und rationaler Kosten-Nutzen-Erwägungen erheblich reduzieren können, scheiterte aber am Widerstand der europäischen Verbündeten, die ihrerseits auf die Vermeidung jedes zusätzlichen Risikos für ihre in der Region stationierten Blauhelme bedacht waren. Die Achtung der Sicherheitsinteressen ihrer Partner und die Sorge um den Zusammenhalt der NATO hinderten nun die USA an der (offenen) unilateralen Aufhebung des Waffenembargos und verschärften das Dilemma der Clinton-Regierung. Das Ergebnis oder anders ausgedrückt, der ‚Synergieeffekt‘ demokratischer Normen und rationalen Kalküls, verstärkt durch die Wirkung internationaler Institutionen war schließlich der Einsatz einer Söldnerfirma. Festhalten lässt sich schließlich auch, dass die Gründe für die Entscheidung zugunsten einer aktiveren Bosnienpolitik vornehmlich in den politischen Kosten zu suchen sind, die angesichts der zunehmenden Not der Bevölkerung signifikant stiegen. Sowohl Präsident Bush als auch Bill Clinton schwenkten schließlich erst auf einen aktiveren Kurs ein, als der Beginn der Präsidentschaftswahlkämpfe absehbar wurde.

7. Der Krieg in Sierra Leone

Entsprechend der Fallstudie zum Bosnienkrieg soll auch hier in einem ersten Schritt ein Überblick über den Konfliktverlauf des sierra-leonischen Bürgerkrieges gegeben werden (7.1.). Anschließend wird die britische Perzeption der Kostenstruktur und der strategischen Bedeutung des Konfliktes herausgearbeitet (7.2.) und gefragt, wie und unter welchen Bedingungen es zum Einsatz von Sandline International und, zu einem späteren Zeitpunkt, zur Entsendung regulärer Truppen in das westafrikanische Land kam. Hierfür werden drei Phasen der britischen Sierra Leone-Politik unterschieden: Der Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Kabbah im Mai 1997 und dessen Restaurierung mit Unterstützung Sandlines im Frühjahr 1998 (7.3.), der ‚Arms-to-Afrika‘-Skandal, der durch die Waffenlieferungen der Firma nach Sierra Leone ausgelöst wurde (7.4.) und schließlich der Ausbruch neuer Kämpfe und die Intervention Großbritanniens im Mai 2000 (7.5.).

7.1. Überblick über den Konfliktverlauf

Der Bürgerkrieg in Sierra Leone begann im März 1991, als Rebellen der *Revolutionary United Front* (RUF) aus dem benachbarten Liberia heraus eine Offensive gegen die Regierung in Freetown eröffneten³⁹. Als nach jahrelangen Kämpfen die Rebellen Anfang 1995 nur noch wenige Kilometer vor der Hauptstadt standen, rief die sierra-leonische Regierung schließlich den südafrikanischen Militäranbieter Executive Outcomes (EO) zu Hilfe. Den Söldnern der Firma gelang es dann in der Tat, die Kämpfer der RUF innerhalb kurzer Zeit militärisch so entscheidend zu schwächen, dass diese im November 1996 schließlich dem Abidjan Friedensabkommen zustimmten.

Bereits vor dem Friedensschluss waren Wahlen durchgeführt worden, aus denen Ahmed Tejan Kabbah als Sieger hervorgegangen war. Aber schon am 25. Mai 1997, nicht einmal drei Monate nach seiner Wahl, wurde Präsident Kabbah gestürzt und eine Junta aus Putschisten des *Armed Forces Revolutionary Council* (AFRC) und Rebellen der RUF übernahm die Macht in Freetown. Während es Präsident Kabbah gelang, in das benachbarte Guinea zu fliehen, fielen der neunmonatige Schreckensherrschaft von AFRC/ RUF mehr als 30.000 Menschen zum Opfer (The Times, 11.3.1998: 11).

Der internationalen Gemeinschaft gelang es weder durch ein weitreichendes Öl- und Waffenembargo noch durch den Einsatz (nigerianischer) ECOMOG-Kontingente oder im Rahmen der UNOMSIL, das AFRC/ RUF-Regime zu Friedensverhandlungen und einer Wiedereinsetzung des gewählten Präsidenten zu bewegen. Erst mit Unterstützung durch die britische Söldnerfirma Sandline International – der Kontakt zwischen der Firma und Präsident Kabbah war durch den Botschafter Großbritanniens in Sierra Leone hergestellt worden – konnten nigerianische und loyale sierra-leonische Verbände weite Teile des Landes befreien, und am 10. März 1998 kehrte Kabbah schließlich in sein Amt zurück.

Von ihrer militärischen Niederlage hatten sich die Rebellen allerdings bald erholt und unternahmen bereits im Januar 1999 einen weiteren verheerenden Angriff auf Freetown. Wieder wurde ein Friedensabkommen (Lomé) geschlossen, dessen Implementierung durch die UNAMSIL gewährleistet werden sollte, und wieder wurde das Abkommen gebrochen. In die Kämpfe, die im April 2000 ausbrachen, wurde nun auch das Personal der UNAMSIL verwickelt und 500 UN-Soldaten von den Rebellen als Geiseln genommen. Damit drohte das Scheitern der Mission. In dieser Situation schickte Großbritannien zur Unterstützung der sierra-leonischen Streitkräfte und der UNAMSIL Soldaten. Mit Erfolg. Die Anführer der RUF wurden verhaftet und das UNAMSIL-Kontingent mit 17.500 Soldaten zur weltweit größten Friedensmission der

³⁹ Zum Folgenden siehe Douglas (1999), Musah (2000), Reno (1995, 1997, 1998: 113-145), Vines (1999) und die Informationen des AKUF ([www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/217ak_sierraleone.htm] Accessed 2003-8-20).

UN aufgestockt. Im Mai 2001 konnte schließlich ein Waffenstillstand beschlossen werden, der unter weitreichenden Zugeständnissen der Rebellen zustande gekommen war. Am 17. Januar 2002 verkündete Präsident Kabbah offiziell das Ende des zehnjährigen Bürgerkrieges in Sierra Leone, in dessen Verlauf Zehntausende Menschen getötet und mehr als die Hälfte der 4,4 Mio. Einwohner zur Flucht gezwungen worden waren. Weitere 60.000 Menschen waren grausam verstümmelt und viele zehntausend Kinder als Soldaten zwangsrekrutiert worden.

7.2. Der Krieg in Sierra Leone und Großbritannien: Kostenstruktur und strategische Bedeutung

Ebenso wie in Bosnien sprachen auch im Falle Sierra Leones Kosten-Nutzen-Erwägungen zunächst eindeutig gegen eine Intervention in den Konflikt. Trotz der reichen Bodenschätze des westafrikanischen Landes und einiger Investitionen britischer Firmen (etwa Barclays oder Standard Chartered), waren weder ökonomische noch Macht- und Sicherheitsinteressen des Vereinigten Königreichs vom Ausgang des Bürgerkrieges in Sierra Leone berührt. Darin sind sich die Beobachter einig (Abrahamsen/ Williams 2001: 252; Musah 2000: 102; Williams 2001: 154).

Es scheint ebenso unbestritten, dass eine militärische Intervention zur Restaurierung des Präsidenten Kabbah zudem mit hohen militärischen Risiken verbunden gewesen wäre. Das zeigen die mit über 1.000 getöteten Soldaten hohen Verluste der nigerianischen ECOMOG-Verbände (Commons Hansard, 17.6.1997: 254)⁴⁰. Dementsprechend lehnte nicht nur UN-Generalsekretär Annan die Entsendung eines UN-Kontingents entschieden ab (The Times, 5.6.1997: 17), auch die neu gewählte britische Regierung schlug eine persönliche Bitte des gestürzten Präsidenten Kabbah um militärische Unterstützung aus (Foreign Affairs Select Committee 1999: 11)⁴¹.

Neben der geringen strategischen Bedeutung und des hohen militärischen Risikos des Konfliktes war vor allem die politische Dimension des Staatsstreiches vom Mai 1997 für die Außenpolitik der britischen Regierung von Bedeutung. *New Labour* war zu diesem Zeitpunkt erst seit wenigen Wochen im Amt und - nach annähernd zwanzig Jahren in der Opposition - mit einem überaus ambitionierten Programm angetreten. Dabei wurde auch ein neuer Ansatz für die britische Außenpolitik formuliert, der eine radikale Abkehr vom pragmatisch-konservativen außenpolitischen Kurs der letzten 50 Jahre bedeuten sollte (Wheeler/ Dunne 1998: 850, 2001: 167). Gleich zu Beginn

⁴⁰ Die Aufzeichnungen der Debatten im britischen Unterhaus (Official Journal/ Commons Hansard, im Folgenden CH) lassen sich im Internet unter [www.parliament.uk/hansard/hansard.cfm] nach Datum und *column* einsehen.

⁴¹ In ihrem Bericht legt die Untersuchungskommission des Unterhauses (*Foreign Select Committee*) die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zur Rolle der britischen Regierung bei den Waffenlieferungen via Sandline vor. Dabei geht sie auf die allgemeine britische Sierra Leone-Politik ein. Siehe ([www.publications.parliament.uk/pa/cm199899/cmselect/cmcaff/116/11602.htm] Accessed 2003-7-30). Die Protokolle der Zeugenbefragungen und weitere Dokumente (*Minutes of evidence and appendices*) sind einsehbar unter [www.publications.parliament.uk/pa/cm199899/cmselect/cmcaff/116/116pre01.htm].

seiner Amtszeit skizzierte Außenminister Robin Cook in einem mittlerweile berühmten *Mission Statement* die außenpolitischen Ziele der Labour-Regierung, in deren Zentrum neben Sicherheit, Wohlstand und Umweltschutz auch eine ‚ethische Dimension‘ stehen sollte: „Our foreign policy must have an ethical dimension and must support the demands of other peoples for the democratic rights on which we insist for ourselves. The Labour Government will put human rights at the heart of our foreign policy” (Cook, 12.5.1997)⁴². Der britische Außenminister kündigte entsprechend die Ächtung diktatorialer Regime, die Unterstützung bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern und strengere Exportbestimmungen für die britische Rüstungsindustrie an (Cook, 17.7.1997).

Vor dem Hintergrund dieser „missionarischen Ankündigungen“ (Dunne/ Wheeler 2001: 167) stellten der Sturz der demokratisch gewählten Kabbah-Regierung und die britischen Bemühungen um seine Restaurierung einen „first test for Labour’s human rights policy“ (The Times, 29.5.1997: 21) dar.

7.3. Die britische Sierra Leone Politik I: Der Sturz Kabbahs und der Einsatz Sandlines

Auf den Staatsstreich in Freetown reagierte die Blair-Regierung zunächst mit einer ungewöhnlich strengen Verurteilung (Gaulme 2001: 13) und forderte die sofortige Rückkehr Kabbahs ins Amt. Dazu nutzte das Vereinigte Königreich seinen Einfluss im UN-Sicherheitsrat und in der Organisation des Commonwealth, von dessen Mitgliedschaft die Junta in Freetown suspendiert wurde (Commonwealth Heads of Government Meeting 1997)⁴³. Die Blair Regierung unterstützte Kabbahs Regierung zudem mit starken symbolischen Gesten. Der britische Botschafter in Freetown, Peter Penfold, etwa folgte dem gestürzten Präsidenten ins Exil – das hatte es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gegeben (Foreign Affairs Select Committee 1999: 39). Und der Premier selbst bekundete Solidarität, indem er Kabbah als rechtmäßigen Vertreter Sierra Leones im Oktober 1998 zum Gipfel der Staats- und Regierungsoberhäupter des Commonwealth nach Edinburgh einlud. Die sierra-leonische Exilregierung wurde mit 5 Mio. Pfund schließlich auch finanziell unterstützt (The Daily Telegraph, 8.5.2000: o.S.). Die Hilfe für Kabbah begründete die Labour-Regierung immer wieder mit der historischen Verantwortung des Vereinigten Königreiches gegenüber seiner ehemaligen Kolonie. (Blair, 19.5.2000⁴⁴).

Beide Kammern des britischen Parlaments unterstützten die diplomatischen Initiativen der Regierung und forderten weitere humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung in Sierra Leone. In einer ausführlichen Debatte zur Situation in Sierra

⁴² Die Reden Cooks sind einsehbar auf der Homepage des britischen Außenministeriums, [www.fco.gov.uk].

⁴³ ([www.chogm97.org/htm/bulletin/day5/communiq.htm] Accessed 2003-8-22).

⁴⁴.Die Reden Blairs sind einsehbar auf der Homepage der britischen Regierung [www.number-10.gov.uk].

Leone vom 12. März 1998, in der sich besonders Abgeordnete aus Wahlkreisen mit einem hohen sierra-leonischen Bevölkerungsanteil zu Wort meldeten, wurde eindringlich auf die Schrecken des Bürgerkrieges und die Notwendigkeit britischer Hilfe hingewiesen (CH, 12.3.1998: 832-848). Auf Forderungen nach einem militärischen Eingreifen Großbritanniens lassen sich in den Aufzeichnungen der Parlamentsdebatten aber keine Hinweise finden.

Ein starker normativer Impuls, zugunsten der Opfer des Bürgerkrieges einzuschreiten, entstand hingegen durch Medienberichte. Zwar wurde vom Bürgerkrieg in Sierra Leone weit weniger berichtet als etwa vom Bosnienkonflikt. Der Putsch in Freetown vom 25. Mai sorgte jedoch – nicht zuletzt wegen der spektakulären Evakuierung britischer und anderer ausländischer Staatsangehöriger - für eine ausführliche Berichterstattung. Zahlreiche Zeitungen entsandten Korrespondenten in die sierra-leonische Hauptstadt, die detailliert und zum Teil sehr reißerisch von den brutalen Kämpfen und vom Terror in Sierra Leone berichteten (siehe die Ausgaben der Times vom Mai und Juni 1997). Täglich kam es zu neuen Grausamkeiten, und die Zahl der Getöteten erhöhte sich ständig. Zudem verschlechterte sich auch die humanitäre Lage der sierra-leonischen Bevölkerung zusehends. Manche Beobachter warnten schon vor einem drohenden Somalia (The Times, 11.6.1997: 19). Neben der zur Neige gehenden Nahrungsmittelvorräte bereitete insbesondere die mangelnde medizinische Versorgung mehr und mehr Sorgen (World Food Program News Release 10.2.1998)⁴⁵, während die Lieferung von Hilfsgütern weiterhin von den Rebellen behindert wurde (Presseerklärung des UN Sicherheitsrates SC/6408, 6.8.1997). Schließlich machten auch diverse in Großbritannien traditionell sehr einflussreiche gesellschaftliche Gruppen und NROs auf das Leiden der Menschen in Sierra Leone und die anhaltenden massiven Menschenrechtsverletzungen aufmerksam (CH, 12.3.1998: 832; Gaulme 2001: 37).

Nichtsdestotrotz war die gesellschaftliche Wahrnehmung des sierra-leonischen Bürgerkrieges und damit der Druck zugunsten eines Eingreifens im Vereinigten Königreich weit weniger ausgeprägt als etwa während der mitten in Europa tobenden Kriege in Bosnien oder im Kosovo. Mit Blick auf den Krieg in Sierra Leone argumentierte etwa *The Guardian*, dass „for most members of the public Sierra Leone is more likely to be mistaken for a car model off a Ford assembly line, and as to the competing virtues of rebel leader Foday Sankoh, or President Kabbah, fewer than one in 100,000 could pretend to have an opinion” (The Guardian, 15.5.2000: o.S.). Dennoch: Konfrontiert mit der Not der Bevölkerung in Sierra Leone und der sich ausweitenden Kämpfe, sah sich die Labour Regierung besonders aufgrund der von ihr angekündigten ‚ethischen‘ Außenpolitik zum Handeln veranlasst.

Zunächst hatte die britische Administration allerdings darauf vertraut, die nigerianischen Kontingente würden die Situation in Sierra Leone rasch unter

⁴⁵ ([www.wfp.org/index.asp?section=2] Accessed 2003-8-24).

Kontrolle bringen und die Rückkehr Kabbahs nach Freetown ermöglichen können. Diese Hoffnung bestätigte sich aber nicht. Im Gegenteil: Die Kämpfe mit den Rebellen der AFRC/ RUF endeten für die Nigerianer in einem Desaster. Die britische Regierung stand damit vor einem Dilemma. Einerseits hätten die Nigerianer militärische Unterstützung durch Großbritannien zum Sturz der Junta in Freetown dringend benötigt. Andererseits war aber jede Form der offenen Unterstützung der Truppen General Abachas „a regime, itself a massive abuser of civil human rights, and subject to international sanctions, [...] politically untenable“ (Foreign Affairs Select Committee 1999: 12). Anders als in London erhofft, rückte die rasche Restaurierung Kabbahs also in weite Ferne, während die massiven Menschenrechtsverletzungen andauerten und sich die humanitäre Lage in Sierra Leone immer weiter verschlechterte. Zugleich hatte sich die britische Regierung mit der Ankündigung einer neuen ‚ethischen‘, auf den Respekt der Menschenrechte und der Demokratie basierenden Außenpolitik und der demonstrativen Unterstützung Kabbahs selbst unter Handlungsdruck gesetzt. Weil aber die Entsendung britischer Soldaten zur Restaurierung des gestürzten Präsidenten außerordentlich gefährlich und der Bevölkerung und dem Parlament wohl auch nicht vermittelbar gewesen wäre, entschied sich das Foreign Office in dieser Situation für den Einsatz der britischen Söldnerfirma Sandline International. Musah (2000: 99, 102) argumentiert, dass „the British government’s motive in Sierra Leone was to demonstrate its new foreign policy in practice by restoring a democratic government to power and, in the process, undermining another brutal regime with regional hegemonic designs (Nigeria) [...] but at minimal costs in terms of taxpayers money“.

Folgt man dieser Argumentation, stellt sich der Rückgriff auf Sandline International, ebenso wie der Einsatz MPRI im Bosnienkrieg, als ‚Synergieeffekt‘ der widersprüchlichen Wirkung demokratischer Normen und Kosten-Nutzen-Erwägungen dar. Im Falle Sierras ging der Impuls, auf der Seite der sierra-leonischen Bevölkerung und ihres gewählten Präsidenten einzugreifen, allerdings weniger von der Bevölkerung und auch nicht von Parlament oder Opposition, sondern vielmehr von der Regierung selbst aus.

Sandline International wurde zum einen mit dem Training und der Aufrüstung der loyalen Kamajor-Kämpfer beauftragt, zum anderen sollte die Söldnerfirma die Angriffe gegen die Rebellen der AFRC/ RUF planen und koordinieren. Hierzu hatte die Firma – trotz des Waffenembargos -militärisches Gerät, Munition, Transportmittel und Verpflegung bereitzustellen sowie die Koordinierung der nigerianischen ECOMOG-Truppen zu gewährleisten (Douglas 1999: 190; Musah 2000: 98).

Am 18. Februar 1998 begannen die gemeinsamen Luft- und Bodenangriffe auf Freetown durch ECOMOG, Kamajors und circa 200 Söldner von Sandline International. Innerhalb kürzester Zeit brach der Widerstand von AFRC/ RUF zusammen, und die Rebellen flohen in den Dschungel (Musah 2000: 99). Am 10.

März kehrte Präsident Kabbah unter dem Jubel Zehntausender Einwohner nach neunmonatigem Exil nach Freetown zurück (Douglas 1999: 193).

7.4. Die britische Sierra Leone-Politik II: Die ‚Arms-to-Africa‘-Affäre

Trotz der allgemeinen Zufriedenheit über die Rückkehr Präsident Kabbahs nach Freetown führten Berichte über die Rolle Sandlines bei der Restaurierung des Präsidenten und besonders die illegalen Waffenlieferungen nach Sierra Leone im Vereinigten Königreich zu einer schweren Regierungskrise, die Außenminister Cook beinahe das Amt gekostet hätte. Im Mittelpunkt des ‚Arms-to-Africa‘-Skandals standen zwei Fragen: War das gegen Sierra Leone verhängte UN-Embargo durch Sandlines Waffenlieferungen mit Wissen der Regierung gebrochen worden? Und wenn ja, wer hatte den Einsatz der Söldnerfirma autorisiert?

Während die beiden eingerichteten Untersuchungskommissionen zu dem Ergebnis kamen, dass die höchsten Beamten des *Foreign Office* von den Aktivitäten Sandlines informiert gewesen waren, konnte kein Nachweis für eine direkte Beteiligung der britischen Regierung am Einsatz der Firma erbracht werden (Foreign Affairs Select Committee 1999: Conclusions and Recommendations, NZZ 29.7.1998: 3). Letzteres ist jedoch mehr als fraglich. So beklagten Ausschussmitglieder, die Einsicht in wichtige Geheimdienstberichte sei ihnen von der Regierung verwehrt worden. Zudem kam Sandline mit einem Brief an Außenminister Cook heraus, indem die Anwälte der Firma deutlich machten, dass das Unternehmen mit dem Wissen und der Zustimmung der britischen Regierung tätig gewesen war⁴⁶. Hierfür spricht schließlich auch, dass die britische Marine der Firma zur Wartung und Reparatur ihrer während der Angriffe auf Freetown eingesetzten Kampfhubschrauber die Fregatte *HMS Cornwall* zur Verfügung gestellt hatte (siehe z.B. The Times, 9.5.1998: o.S.).

Büttner (2003: 11) kommt deshalb ebenso wie die meisten anderen Autoren (z.B. Douglas 1999: 189ff.; Musah 2000: 99; O’Brien 2000: 60) zu folgendem Ergebnis: „Die benötigten Waffen wurden unter Umgehung des UN-Embargos aus Bulgarien über Nigeria nach Sierra Leone verschifft – mit Wissen, Billigung und Unterstützung durch die ECOMOG und die britische Regierung“.

7.5. Die britische Sierra Leone-Politik III: Die Intervention im Mai 2000

Nach der Restaurierung Kabbahs gelang es jedoch trotz des Lomé-Abkommens, das im Juli 1999 von der britischen Regierung an der Spitze einer internationalen Kontakt-Gruppe ausgehandelt wurde, nicht, die Lage in Sierra Leone dauerhaft zu stabilisieren. Daran konnte auch die Entsendung der UNAMSIL nichts ändern, die für ihre schwierige Aufgabe unzureichend trainiert und ausgerüstet war. Im April 2000

⁴⁶ Der Brief der Anwälte Sandlines an Außenminister Cook kann unter ([\[www.sierra-leone.org/sandline1.html\]](http://www.sierra-leone.org/sandline1.html) Accessed 2004-6-14) eingesehen werden.

entbrannten neue Kämpfe, in die nun auch UN-Soldaten verwickelt wurden. Nachdem circa vierhundert *Peacekeeper* von den Rebellen als Geiseln genommen worden waren, fürchteten viele nach den Fehlschlägen in Somalia, Ruanda und Angola nun auch ein Scheitern der UN-Mission in Sierra Leone (The Guardian, 9.5.2000: o.S.). Als Anfang Mai die Rebellen dann wieder bis auf wenige Kilometer auf Freetown vorgerückt waren und ein abermaliger Fall der Stadt drohte, entschloss sich die britische Regierung zur militärischen Intervention. Die Operation ‚*Palliser*‘ beschränkte sich zunächst zwar auf Evakuierungsaufgaben, wurde im Laufe der Zeit aber sukzessive ausgeweitet. Die britischen Soldaten unterstützten schließlich auch die UNAMSIL-Kontingente und trainierten die sierra-leonische Armee (CH, 23.5.2000: 864).

Für viele Beobachter kam das britische Engagement in Sierra Leone überraschend (Gaulme 2001: 11; Williams 2001: 155)⁴⁷. Denn an der vernachlässigbaren strategischen Bedeutung des westafrikanischen Landes hatte sich im Vergleich zu 1997 nichts geändert. Der Observer (14.5.2000: o.S.) etwa stellte die rhetorische Frage: „Are the troops there to protect some vital British interest? The once-rich diamond areas are now commercially ruined by freelance diggers. We no longer need the naval base⁴⁸. Sadly, Sierra Leoneans have nothing to induce Britain to send troops there except their imperilled humanity“. Noch deutlicher äußerte sich Simon Jenkins in der Times: „We have no business in Sierra Leone except to extract those Britons who want to leave“ (10.5.2000: 10). Aber auch Tory-Abgeordnete waren der Ansicht, dass Sierra Leone „does not affect our national interest one little bit“ (CH, 11.5.2000: 1013).

Gegen eine Intervention sprach zudem das nach wie vor hohe militärische Risiko. Dass ein Einsatz in Sierra Leone außerordentlich gefährlich war, zeigte sich, als britische Soldaten am 17. Mai 2000 erstmals in ein Feuergefecht verwickelt wurden und dabei vier Rebellen töteten (The Guardian, 18.5.2000: o.S.). Viele Abgeordnete kritisierten daraufhin die drohende Verstrickung Großbritanniens in einen gefährlichen Bürgerkrieg⁴⁹. Im Unterhaus warnte Schatten-Außenminister Maude: „There would be no public support [...] for allowing British forces to be sucked in a civil war in Sierra Leone“ (CH, 8.5.2000: 520). Auch Vertreter der Medien zogen immer wieder Parallelen zum Scheitern der Vereinigten Staaten in Somalia und

⁴⁷ Anders als in Frankreich herrschte in Großbritannien eine lange Tradition der Nicht-Intervention in ehemalige afrikanische Kolonien. Die einzige Ausnahme war der Militäreinsatz in Tansania 1961. Umso überraschender kam die Entsendung britischer Soldaten nach Sierra Leone im Mai 2000 (Gaulme 2001: 10f.).

⁴⁸ Marinestützpunkte in Sierra Leone waren von den Briten während des Falklandkrieges benutzt worden.

⁴⁹ Als am 25. August während einer Patrouillenfahrt 11 britische Soldaten von einer Fraktion der RUF, den *West Side Boys*, gefangen genommen wurden, und bei der Befreiungsaktion der Geiseln am 10. September ein Elite-Soldat ums Leben kam, forderten einige Abgeordnete den sofortigen Abzug der Soldaten (Williams 2001: 154).

fürchteten die Verwicklung in eine sogenannte ‚*mission creep*‘ (z.B. The Guardian, 10.5.2000: o.S.; The Times, 10.5.2000: 10).

Neben der Warnung vor den Risiken einer Ausweitung des Mandates in Sierra Leone wurden aber auch (normative) Argumente für ein Eingreifen Großbritanniens angeführt. Selbst die Gegner einer militärischen Intervention in Westafrika wiesen auf die extreme Not der Bevölkerung hin. Francis Maude etwa sagte stellvertretend für die Tory-Fraktion im Unterhaus: „The whole House will be desperately concerned about the violence in Sierra Leone. No one could begin to excuse the conduct of a gang of thugs who have indulged in some of the most appalling acts of vicious brutality against civilians, including large numbers of young children” (CH, 8.5.2000: 520).

Noch stärker strichen freilich die Mitglieder der Regierung die Brutalität des Bürgerkrieges und das Leid der Menschen in Sierra Leone heraus. In seiner Fernsehansprache beschrieb Blair den Konflikt als „appalling savagery inflicted upon the civilian population in which rape and slavery and mutilation are the everyday weapons. It’s a campaign of butchery in which – as we’ve all seen on our television screens – young children have had their arms and their legs hacked off” (Blair 19.5.2000). Und Außenminister Cook sagte: „I don’t see how we could maintain our self-respect if we turned away from this kind of savagery“ (zit. in Williams 2001: 157).

In der Tat verschärften sich die Kämpfe mit dem Vormarsch der Rebellen auf Freetown, die brutalen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung häuften sich und nach Zeitungsmeldungen verhungerten in Sierra Leone jeden Tag über 100 Menschen (The Guardian, 22.5.2000: o.S.). Solche Berichte heizten „the moral outrage evident in Britain“ (Williams 2001: 157) natürlich an, und auch die NROs drängten auf ein rasches Eingreifen der Staatengemeinschaft (The Guardian, 9.5.2000: o.S.).

Verstärkt wurde der normative Druck schließlich noch durch die dringliche Bitte Kofi Annans um Unterstützung für die zu scheitern drohende UN-Mission in Sierra Leone. Nach der unglücklichen Rolle der UN in Somalia, Ruanda und Angola stand für viele hier nicht nur der Erfolg der UNAMSIL, sondern die Zukunft der Friedenssicherung in Afrika generell auf dem Spiel. Im Sicherheitsrat forderte der UN-Generalsekretär deshalb eindringlich: „Let us not fail Sierra Leone. Let us not fail Africa. This time, in this crisis, let us back words with deeds and mandates with the resources that work” (zit. in The Guardian, 13.5.2000: o.S.). Dabei richtete sich der Appell Annans besonders an die ehemalige Kolonialmacht (The Guardian, 10.5.2000: o.S.). Die Blair-Regierung entsprach der Bitte der UN und sagte Unterstützung zu, wofür sie von den britischen Medien gelobt wurde: „The deployment of British troops [...] serves Britain’s national interest, in upholding the authority of the UN and democratic values” (The Guardian, 13.5.2000: o.S.).

Auch die Furcht vor politischen Kosten sprach nun eher für als gegen eine (eingeschränkte) Intervention in Westafrika. Nach Ansicht des Guardian hat der Bürgerkrieg in Sierra Leone „constantly – and embarrassingly – underscored the

limits of British and Commonwealth ability to influence events“ (8.5.2000: o.S.). In der Tat war das unter britischer Führung ausgehandelte Lomé-Abkommen nach nicht einmal zehn Monaten endgültig gescheitert, und ein neuerlicher Sturz Kabbahs, der mit viel Mühe in sein Amt wiedereingesetzt worden war, stand unmittelbar bevor (Williams 2001: 158). Die erfolglose britische Außenpolitik in Sierra Leone – aber auch auf anderen Gebieten - wurde in den Medien und im Parlament nun zunehmend kritisiert (z.B. The Times, 8.5.2000: 15; The Guardian, 8.5.2000: o.S.). Sicherlich nicht zuletzt angesichts des beginnenden Wahlkampfes für die *General Elections* im Juni 2001 war ein sichtbarer außenpolitischer Erfolg für die Labour-Regierung daher äußerst wünschenswert. (Und die britische Intervention in Sierra Leone wurde in der Tat zu einem Erfolg).

Schließlich sprachen zu diesem Zeitpunkt auch Kostengründe für ein Eingreifen zur Unterstützung der UNAMSIL und zum Schutz des sierra-leonischen Präsidenten. Denn während der Regierungszeit Kabbahs hatte die Hilfe für die ehemalige Kolonie das Vereinigte Königreich bereits rund 60 Mio. Pfund gekostet (The Times, 9.5.2000: 19). Damit wurde für Sierra Leone insgesamt mehr Geld ausgegeben und mehr Pro-Kopf Entwicklungshilfe geleistet als für jedes andere afrikanische Land (The Times, 8.5.2000:15). Durch einen neuerlichen Putsch wäre diese bereits geleistete Hilfe jedoch wieder zunichte gemacht worden. Insgesamt scheinen finanzielle Erwägungen für oder gegen ein britisches Eingreifen in den sierra-leonischen Bürgerkrieg aber eine nachgeordnete Bedeutung gehabt zu haben.

7.6. Zusammenfassung

Wie bereits der Rückgriff der US-Regierung auf MPRI in Bosnien wurde auch der Einsatz Sandlines als „realpolitik“ (The Times, 10.5.2000: 10) bezeichnet. Andere Autoren teilen diese Einschätzung indes nicht und beschreiben der Labour-Regierung ein durchaus normativ geleitetes Handeln – wenn auch mit „ambiguous results“ (Dunne/ Wheeler 2001: 184; siehe auch Gaulme 2001: 34ff.). Williams (2001: 155) führt für die britische Interventionsentscheidung in Westafrika ebenfalls normative Gründe an. Er erkennt einen „humanitarian impulse to ‚do something‘ [...] the defence of democracy [...] and the perception that the future credibility of UN peacekeeping operations was at stake“.

Demnach zeugt auch das Beispiel Sierras von der widersprüchlichen Wirkung demokratischer Normen (Beendigung massiver Menschenrechtsverletzungen, Verteidigung der Demokratie in einer ehemaligen Kolonie) und rationalem Kalkül (Furcht vor den hohen Kosten einer Intervention in einen strategisch unwichtigen Konflikt), die durch internationale Verpflichtungen (ein UN-Waffenembargo) noch verstärkt wurde. Das antinomische Ergebnis - Abrahamsen/ Williams (2001: 249) bezeichnen die Außenpolitik Großbritanniens explizit als „Antinomies“ - war hier einmal der Einsatz einer Söldnerfirma durch die britische Regierung und schließlich,

unter veränderten Randbedingungen, die Entsendung regulärer Soldaten. Dabei war die Blair-Regierung sichtlich bemüht, die Risiken für die eigenen Soldaten so gering wie möglich zu halten. Die britischen Truppen agierten entsprechend vorsichtig und hatten mit einem getöteten Soldaten äußerst geringe Verluste zu beklagen (im Vergleich dazu beliefen sich die Verluste der UN auf über einhundert). Ziel des Einsatzes war insbesondere die Aufrüstung und das militärische Training der sierra-leonische Armee, so dass „President Ahmad Tejan Kabbah’s forces, better armed, and assisted by remaining British advisers, can finish the job by themselves“ (The Guardian, 23.5.2000: o.S.) - ähnlich war bereits im Zusammenhang der Aufrüstung der bosnischen und kroatischen Armee durch MPRI argumentiert worden. Offenbar war die britische Regierung also nicht bereit, für die Befriedung des Bürgerkrieges in Sierra Leone eine hohe Zahl eigener Soldaten zu opfern. Nichtsdestotrotz nahmen die Briten mit der Entsendung von Bodentruppen ein deutlich höheres Risiko in Kauf als es die Vereinigten Staaten in Bosnien einzugehen bereit gewesen waren.

8. Schlussbetrachtung

Die Hypothese zum Einsatz von Söldnerfirmen durch demokratische Regierungen konnte durch die Fallstudienarbeit plausibilisiert werden. In beiden Fällen entfalteten die *unabhängigen Variablen* (strategische Bedeutung des Konflikts, Kosten und Risiken einer Intervention) eine hohe Erklärungskraft, wobei insbesondere der Furcht vor den politischen Kosten eine wichtige Bedeutung zuzukommen scheint: Denn erst als sich schließlich Wahlen näherten, entschlossen sich die Regierungen in Washington und London nach dem Rückgriff auf private Militäranbieter Soldaten zu entsenden - dabei hatte sich an den finanziellen und militärischen Risiken einer Intervention in Bosnien und Sierra Leone nichts geändert. Dieser Befund ist überraschend, widerspricht er doch der weit verbreiteten Auffassung, nach der demokratische Regierungen in Anbetracht der Risiken eines militärischen Engagements Waffengewalt eher zu Beginn, nicht aber gegen Ende einer Legislaturperiode androhen oder einsetzen (so z.B. Auerswald 1999: 473ff.; Huth/Allee 2002: 763f.).

Auch die *Kausalmechanismen* des Demokratischen Friedens (Wertorientierung und Kosten-Nutzen-Kalkül) entwickelten ihre Wirkung durchaus theoriekonform. Angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen und der Not der Bevölkerung entstand in beiden Fällen ein – freilich unterschiedlich stark ausgeprägter - normativer Impetus auf der Seite der Opfer einzugreifen. Zugleich sprachen in beiden Konflikten Kosten-Nutzen-Erwägungen eindeutig gegen eine militärische Intervention.

Diese widersprüchliche Wirkung wurde durch die *Antezedenzbedingungen* (internationale Vereinbarungen/ Allianzverpflichtungen) noch zusätzlich verstärkt: Die Clinton-Administration schreckte aus Sorge um die Beschädigung der Nato vor einer offenen militärischen Unterstützung der kroatisch-muslimischen Allianz ebenso

zurück wie die Blair-Regierung vor dem Bruch des UN-Waffenembargos durch Waffenlieferungen nach Freetown.

Das Ergebnis war schließlich der Einsatz von Söldnerfirmen. Entgegen der Auffassung zahlreicher Beobachter waren hier aber nicht ‚realpolitische‘ Erwägungen am Werk, vielmehr handelte es sich um einen - aus widersprüchlichen normativen und rationalen Wirkmechanismen resultierenden - ‚*antinomischen Synergieeffekt*‘.

Die Hypothese hat sich also durchaus bewährt. Ihre Reichweite muss allerdings in zweifacher Hinsicht eingeschränkt werden: Einmal auf bürgerkriegsähnliche Konflikte, die von geringer strategischer Bedeutung, zugleich aber mit hohen militärischen und politischen Risiken behaftet sind⁵⁰, zum anderen auf die anglo-amerikanische ‚Welt‘, da der Einsatz privater Militärdienstleister bislang nur für die USA und das Vereinigte Königreich, nicht aber für andere vergleichbare Demokratien dokumentiert ist. Diese auffällige Varianz innerhalb des demokratischen Lagers konnte in der vorliegenden Arbeit nicht untersucht werden, verdiente aber eine gründlichere Erforschung.

An Gelegenheiten, dieses Thema näher zu untersuchen, wird es in Zukunft zweifellos nicht mangeln, verspricht das ‚neue‘ Söldnertum doch zu einem ‚Charakteristikum des 21. Jahrhunderts‘ (FAZ, 6.8.2003: N3) zu werden. Dass diese Entwicklung allerdings alles andere als unproblematisch ist, zeigt ein Blick in den Irak, wo sich private Sicherheitsfirmen - außerhalb der Befehlsstrukturen - an der Misshandlung irakischer Häftlinge beteiligt haben. (Hier bestätigt sich die Kritik am Einsatz solcher Firmen: eine offensichtlich fehlende Kontrolle und insbesondere die ungeklärte Frage nach der Verantwortlichkeit für die Handlungen privater Unternehmen.)

Aber nicht nur im Irak, auch in den hier untersuchten Fällen fällt die Bilanz der Söldner eindeutig negativ aus: In Sierra Leone konnte die Lage durch den Einsatz Sandlines zwar kurzfristig stabilisiert werden. Mit welchen Mitteln die militärischen ‚Erfolge‘ der Söldner gegen die Rebellen der RUF zustande gekommen waren, interessierte dabei aber kaum. Die Folgen des Einsatzes von MPRI auf dem Balkan waren nicht weniger verheerend. Die mit Hilfe des amerikanischen Militäranbieters aufgerüsteten und trainierten kroatischen Streitkräfte organisierten in der Krajina eine der umfangreichsten Vertreibungen der Nachkriegsgeschichte. Das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag hat deshalb wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen Anklage erhoben.

⁵⁰ Allerdings ließe sich einwenden, dass nicht nur die Kriege in Bosnien oder Sierra Leone diese Charakteristika aufweisen, sondern ebenso die Konflikte in Somalia, Haiti, Ruanda oder zuletzt in Liberia. Trotzdem kam es dort *nicht* zum Einsatz von Söldnerfirmen. Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass diese Fälle sich in mindestens einer Variable grundlegend von den Auseinandersetzungen in Bosnien und Sierra Leone unterscheiden. So war das militärische Risiko bei den Interventionen in Somalia (zu Beginn) gering, da sich die amerikanische Regierung bei den Konfliktparteien zuvor Sicherheitsgarantien für ihre Soldaten eingeholt hatte. Dasselbe gilt für Liberia. In Haiti berührte der Konflikt eindeutig amerikanische Sicherheitsinteressen, und im Falle Ruandas lässt sich mit ökonomischen Motiven Frankreichs in seinem ‚*pré carré*‘ argumentieren.

Literaturverzeichnis

Abrahamsen, Rita/ Williams, Paul 2001: Ethics and Foreign Policy. The Antinomies of New Labour's 'Third Way' in Sub-Saharan Africa, in: *Political Studies* 49, 249-264.

Auerswald, David P. 1999: Inward Bound. Domestic Institutions and Military Conflicts, in: *International Organization* 53:3, 469-504.

Avant, Deborah 1999: The Market for Force. Exploring the Privatization of Military Services [www.cfr.org/public/armstrade/privmil.html].

Avant, Deborah 2001: Selling Security. Post Cold War Private Security Services in Historical Perspective, Paper prepared for delivery at the 2001 annual meeting of the American Political Science Association, San Francisco, 30 August-2 September.

Avant, Deborah 2002: Privatizing Military Training, in: *Foreign Policy in Focus* 7:6, 1-4 (auch unter [www.fpif.org]).

Ballesteros, Enrique B. 1998: Report on the question of the use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination, E/CN.4/1998/31 [www.hri.ca/fortherecord1998/documentation/commission/e-cn4-1998-31.htm].

Ballesteros, Enrique 1999: Report on the question of the use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination E/CN.4/1999/11 [www.hri.ca/fortherecord1999/documentation/commission/e-cn4-1999-11.htm].

Banégas, Richard 1998: De la guerre au maintien de la paix. Le nouveau business mercenaire, in: *critique internationale* n°1, 179-193.

Bendrath, Ralf 1999: Söldnerfirmen in Afrika, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg): *Friedenskultur statt Kulturkampf. Strategien kultureller Zivilisierung und nachhaltiger Friedensstiftung*, Baden-Baden 251-288 (auch unter [www.bicc.de/coop/afk/bendrath.doc]).

Benoit, Kenneth 1996: Democracies Really are more Pacific (in General). Reexamining Regime Type and War Involvement, in: *Journal of Conflict Resolution* 40:4, 636-657.

Bert, Wayne 1997: *The Reluctant Superpower*, New York.

Blair, Tony 19.5.2000: Britain's role in Sierra Leone, Fernsehansprache [www.number10.gov.uk/output/page328.asp].

Brooks, Doug 2000: Write a cheque, end a war. Using private military companies to end African conflicts, in: *Conflict Trends* 1 [www.accord.org.za/web.nsf/4f43e2fe407dbca742256a0800468558/2b8e3524c5f588e342256a100040ac96!OpenDocument].

Bueno de Mesquita, Bruce/ Morrow, James D./ Siverson, Randolph M./ Smith, Alastair 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: *American Political Science Review* 93:4, 791-807.

Büttner, Annette 2003: Private Security Corporations als sicherheitspolitische Akteure in Entwicklungsländern. Risiken und Chancen des Einsatzes privater Sicherheitsunternehmen, in Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Arbeitspapier Nr. 111.

Burg, Steven L./ Shoup, Paul S. 1999: *The War in Bosnia Herzegovina. Ethnic Conflict and International Intervention*, New York.

Calic, Marie-Janine 1996: Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina, [Erweiterte Neuausgabe], Frankfurt a.M.

Chapleau, Philippe/ Misser, François 2001-2002: Le retour des mercenaires, in: *Politique Internationale* 94, 225-240.

Congressional Quarterly Almanac 1992: Hill Supports Use of Force to Aid Bosnia, Washington D.C., 532-534.

Congressional Quarterly Almanac 1994: Bosnia War Remains Intractable, Washington D.C., 446-449.

Congressional Quarterly Almanac 1995: Bosnian War Sparks Conflict at Home, Washington D.C., 10/10-10/25.

Congressional Quarterly, 17.4.1993: Clinton's Policy of Diplomacy Comes Under Heavy Fire, Washington D.C., 960.

Congressional Research Service 30.11.1994: CRS Issue Brief, Bosnia & Macedonia: US Military Operations, Washington D.C.

Congressional Research Service 12.4.1995: CRS Report for Congress, Bosnia-Herzegowina: Summary of the Debate On a unilateral Lifting of the Arms Embargo, Washington D.C.

Cook, Robin 12.5.1997: British Foreign Policy, FCO Mission Statement, Locarno Suite, London [<http://193.114.50.5/aboutfco/mission>].

Cook, Robin 17.7.1997: Human Rights into a New Century, Rede in der Locarnos Suite des FCO, London [www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391647&a=KArticle&aid=1013618392902].

Czempiel, Ernst-Otto 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1, 79-101.

Daalder, Ivo H. 2000: *Getting to Dayton*, Washington, D.C.

Daase, Christopher 2002: Internationale Risikopolitik. Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel, in: Daase, Christopher/ Feske, Susanne/ Peters, Ingo (Hrsg.): *Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 9-35.

Daniel, Jean-Philippe 2002: Les Nouveaux Mercenaires ou la Privatisation du Maintien de la Paix, in: *Géopolitique Africaine* n°5, 223-235.

Debiel, Tobias 2002: Haben Krisenregionen noch eine Chance auf tragfähigen Frieden?, in: Ders. (Hrsg.): *Der zerbrechliche Frieden*, Bonn, 20-63.

Douglas, Ian 1999: Fighting for diamonds – Private military companies in Sierra Leone, in: Cillers, Jakkie/ Mason, Peggy (Hrsg.): *Peace, Profit or Plunder? The Privatisation of Security in War-torn African Societies*, South Africa: Institute for Security Studies, 175-198.

Doyle, Michael W. 1996: Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs, in: Brown, Michael/ Lynn-Jones, Sean/ Miller, Steven E. (Hrsg.): *Debating the Democratic Peace*, Cambridge, MA. (Zuerst erschienen in: *Philosophy and Public Affairs* 12 (1983), 205-235, 323-353).

Dunne, Tim/ Wheeler, Nicolas J. 2001: Blair's Britain: a force for good in the world?, in: Smith, Karen E./ Light, Margot (Hrsg.): Ethics and Foreign Policy, Cambridge, 167-184.

Eckstein, Harry 1975: Case Study and Theory in Political Sciences, in: Greenstein, Fred I./ Polsby, Nelson W. (Hrsg.): Handbook of Political Science. VII, Reading: Addison-Welsey, 79-137.

Elman, Miriam F. 1997: Introduction: The Need for a Qualitative Test of the Democratic Peace Theory, in: Dies. (Hrsg.): Paths to Peace. Is Democracy the Answer?, Cambridge, MA, 1-57.

Elwert, Georg 1997: Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: Trotha, Trutz von (Hrsg.): Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37, 86-101.

Eppler, Erhard 2002: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt, Frankfurt am Main.

Fearon, James D. 1994: Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes, in: American Political Science Review 88:3, 577-592.

Foreign Affairs Select Committee 1999: Sierra Leone: Second Report, House of Commons, London [www.publications.parliament.uk/pa/cm199899/cmselect/cmfaaff/116/11602.htm].

Foreign and Commonwealth Office 2002: Private Military Companies: Options for Regulation, HC577, The Stationary Office, London [<http://files.fco.gov.uk/und/hc577.pdf>].

Forsythe, David P. 1992: Democracy, War, and Covert Action, in: Journal of Peace Research 29:4, 385-395.

Gartzke, Erik/ Gleditsch, Kritian Skrede 2003: Regime Type and Commitment. Why Democracies are Actually Less Reliable Allies, (earlier Versions of this paper were presented at the American political Science Association, Washington D.C., August 2000).

Gaubatz, Kurt Taylor 1996: Democratic states and commitment in international relations, in: International Organizations 50:1, 109-139.

Gaul, Matt 1998: Regulating the New Privateers: Private Military Service Contracting and the Modern Marque and Reprisal Cause, in: Loyola of Los Angeles Law Review [<http://classes.lls.edu/spring2003/natsec-manheim/gaul.pdf>].

Gaulme, François 2001: Intervenir en Afrique? Le dilemme franco-britannique. Les notes de l'ifri n°34, Paris.

Geis, Anna 2001: Diagnose Doppelbefund - Ursache ungeklärt? Die Kontroversen um den „demokratischen Frieden“, in: Politische Vierteljahresschrift 42, 282-298.

Gow, James 1997: Triumph of the Lack of Will. International Diplomacy and the Yugoslav War, London.

Hasenclever, Andreas 2001: Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina, Frankfurt am Main, New York.

Hasenclever, Andreas 2003: Liberale Ansätze zum „Demokratischen Frieden“, in: Schindler, Sigfried/ Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 199-225.

- Herbst, Jeffrey 1999: The regulation of private security forces, in: Mills, Greg/ Stremlau, John (Hrsg.): *The Privatisation of Security in Africa*, Johannesburg, 107-127.
- Howe, Herbert M. 1998: Private security forces and African stability. The case of Executive Outcomes, in: *The Journal of Modern African Studies* 36:2, 307-331.
- Huth, Paul K./ Todd, Allee L. 2002: Domestic Political Accountability and the Escalation and Settlement of International Disputes, in: *Journal of Conflict Resolution* 46:6, 754-790.
- Isenberg, David 1997: *Soldiers of Fortune Ltd.: A Profile of Today's Private Sector Corporate Mercenary Firms*, Center for Defense Information, Washington D.C.
- Ivancovic, Zeljko/ Melcic, Dunja 1999: Der bosnisch-kroatische „Krieg im Kriege“, in: Melcic, Dunja (Hrsg.): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Opladen, Wiesbaden, 524-531.
- James, Patrick/ Mitchell, Glenn 1995: Targets of Covert Pressure. The Hidden Victims of the Democratic Peace, in: *International Interactions* 35:2, 85-107.
- Kant, Immanuel 1984 [1795]: *Zum ewigen Frieden*, Stuttgart.
- Kegley, Charles W./ Hermann, Margaret G. 1996: How Democracies Use Intervention. A Neglected Dimension in Studies of the Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research* 33:3, 309-322.
- King, Gary/ Keohane, Robert O./ Verba, Sidney 1994: *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton, NJ.
- Klen, Michel 1999: Le retour des mercenaires, in *Etudes* n° 3914, 319-328.
- Krahmann, Elke 2003: *Controlling Private Military Companies. The United Kingdom and Germany* [www.isanet.org/portlandarchive/krahmann.pdf].
- Lai, Brian/ Reiter, Dan 2000: Democracy, Political Similarity, and International Alliances, 1816-1992, in: *Journal of Conflict Resolution* 44:2, 203-227.
- Levy, Jack 1988: Domestic Politics and War, in: *Journal of Interdisciplinary History* 18, 653-673 (auch in Rotberg, Robert I./ Rabb, Theodore K. (Hrsg.) 1989: *The Origin and Prevention of Major Wars*, Cambridge, New York, Melbourne, 79-99).
- Lilly, Damien 2000: La privatisation du maintien de la paix. perspectives et réalités, in: *Maintien de la paix: évolution ou extinction?*, 57-67 [www.unidir.org/pdf/articles/pdf-art136.pdf].
- Lock, Peter 1997: Privatisierung der Sicherheit oder private Militarisierung? Aktuelle Entwicklungen in Afrika, in: *Afrika-Jahrbuch 1997*, Opladen, 71-82.
- Lock, Peter 2001: Sicherheit à la carte? Entstaatlichung, Gewaltmärkte und die Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols, in: Brühl, Tanja/ Debiel, Tobias/ Hamm, Brigitte/ Hummel, Hartwig/ Martens, Jens (Hrsg.): *Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess*, Bonn, 200-221.
- MacMillan, John 2003: Beyond the Separate Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research* 40:2, 233-243.
- Mandel, Robert 2002: *Armies Without States. The Privatization of Security*, Boulder.

Mansfield, Edward D./ Milner, Helen V./ Rosendorff, Peter B. 2002: Why Democracies Cooperate More. Electoral Control and International Trade Agreements, in: *International Organizations* 56:3, 477-513.

Maoz, Zeev/ Russett, Bruce M. 1993: Normative and Structural Causes of the Democratic Peace, 1946-1986, in: *American Political Science Review* 87:3, 624-638.

Misser, François/ Versi, Anver 1997: Soldier of Fortune. The mercenary as corporate executive, in: *African Business*, Dezember 1997 [www.sandline.com/site/index.html].

Moore, Patrick 1995: An End Game in Croatia and Bosnia?, in: *Transition* 1:20 [<http://archive.tol.cz/Publications/Transition/Features/Feature.V01N20.html>].

Müller, Harald 2002: „Antinomien des demokratischen Friedens“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43:2, 46-81.

Müller, Harald/ Schörnig, Niklas 2001: „Revolution in Military Affairs“. Abgesang kooperativer Sicherheitspolitik der Demokratien?, Frankfurt am Main (HSFK-Report 8/2001).

Münkler, Herfried 2002: *Die neuen Kriege*, Berlin.

Musah, Abdel-Fatau 2000: A country under siege. State decay and corporate military intervention in Sierra Leone, in: Musah, Abdel-Fatau/ Fayemi, J. Kayode (Hrsg.): *Mercenaries. An African Security Dilemma*, London, 76-116.

Neumayer, Eric 2002: Do Democracies Exhibit Stronger International Environmental Commitment? A Cross-Country Analysis, in: *Journal of Peace Research* 39:2, 139-164.

Nielebock, Thomas 1993: Frieden zwischen Demokratien. Ein empirisches Gesetz der internationalen Beziehungen auf der Suche nach seiner Erklärung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22:2, 179-193.

O'Brien, Kevin A. 1998: Military-Advisory Groups and African Security. Privatized Peacekeeping?, in: *International Peacekeeping* 5:3, 78-105.

O'Brien, Kevin A. 2000: Private Military Companies and African Security 1990-98, in: Musah, Abdel-Fatau/ Fayemi, J. Kayode (Hrsg.): *Mercenaries. An African Security Dilemma*, London, 43-75.

Paulsen, Thomas 1995: *Die Jugoslawienpolitik der USA 1989-1994*, Baden-Baden.

Peceny, Mark 2000: *The Democratic Peace and Contemporary U.S. Military Intervention* (Paper prepared for the 41st Annual Convention of the International Studies Association, Los Angeles, California).

Ray, James Lee 2000: Democracy: On the Level(s), Does Democracy Correlate with Peace?, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): *What Do We Know about War?*, Lanham: Rowman & Littlefield, 299-316.

Reed, William 1997: Alliance Duration and Democracy. An Extension of Cross Validation of Democratic States and Commitment in International Relations, in: *American Journal of Political Science* 41:4, 1072-1078.

Reno, William 1995: *Corruption and State Politics in Sierra Leone*, Cambridge.

Reno, William 1997: Privatizing War in Sierra Leone, in: *Current History* 5, 227-230.

Reno, William 1998: Warlord politics and African states, London.

Rittberger, Volker 1987: Zur Friedensfähigkeit von Demokratien. Betrachtungen zur politischen Theorie des Friedens, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 44/87, 3-12.

Ruf, Werner 1999: Zur Privatisierung von Gewalt, in: Luedtke, Ralph M./ Strutynski, Peter (Hrsg.): *Pazifismus, Politik und Widerstand. Analysen und Strategien der Friedensbewegung*, Kassel, 16-26.

Rummel, Rudolph 1983: Libertarianism and International Violence, in: *Journal of Conflict Resolution* 27:1, 27-71.

Rummel, Rudolph 1995: Democracies ARE Less Warlike than Other Regimes, in: *European Journal of International Relations* 1:4, 457-479.

Russett, Bruce M. 1996: Why Democratic Peace?, in: Brown, Michael E./ Lynn-Jones, Sean M./ Miller, Steven E (Hrsg.): *Debating the Democratic Peace*, Cambridge, MA, 82-115.

Russett, Bruce M./ Starr, Harvey 2000: From Democratic Peace to Kantian Peace. Democracy and Conflict in the International System, in: Midlarsky, Manus I. (Hrsg.): *Handbook of war studies II*, Ann Arbor: University of Michigan Press, 93-128.

Russett, Bruce M/ Oneal, John R. 2001: *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organization*, New York, London.

Shanks, Cheryl/ Jacobson, Harold K. /Kaplan, Jeffrey H. 1996: Inertia and change in the constellation of international governmental organizations, 1981-1992, in: *International Organizations* 50:4, 593-627.

Shearer, David 1998a: *Private Armies and Military Intervention*, London, New York (IISS Adelphi Paper 316).

Shearer, David 1998b: Outsourcing War, in: *Foreign Policy* 112, 68-81.

Silverstein, Ken 1997: Privatizing War. How affairs of states are outsourced to corporations beyond public control, in: *The Nation Magazine*, 4.8.1997 [www.mtholyoke.edu/acad/intrel/silver.htm].

Silverstein, Ken 2000: *Private Warriors*, New York, London.

Singer, P.W. 2001-2002: Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry and Its Ramifications for International Security, in: *International Security* 26:3, 186-220.

Siverson, Randolph/ Emmons, Juliann 1991: Birds of a Feather: Democratic Political Systems and Alliance Choices in the Twentieth Century, in: *Journal of Conflict Resolution* 35:2, 285-306.

Siverson, Randolph M. 1995: Democracies and War Participation: In Defense of the Institutional Constraints Argument, in: *European Journal of International Relations* 1:4, 481-489.

Sloan, Elinor C. 1998: *Bosnia and the new collective security*, Westport, CT, London.

Sobel, Richard 1996: U.S. and European Attitudes toward Intervention in the Former Yugoslavia. Mourir pour la Bosnie?, in: Ullman, Richard H. (Hrsg.): *The World and Yugoslavia's Wars*, New York, 145-181.

Sobel, Richard 2001: *The impact of public opinion on U.S. foreign policy since Vietnam*, New York, Oxford.

Spearin, Christopher 2001: Private Security Companies and Humanitarians. A Corporate Solution to Securing Humanitarian Spaces?, in: *International Peacekeeping* 8:1, 20-43.

Starr, Harvey 1997: Democracy and Integration. Why Democracies Don't Fight Each Other, in: *Journal of Peace Research* 34:2, 153-162.

Taulbee, James Larry 2000: Mercenaries, Private Armies and Security Companies in Contemporary Policy, in: *International Politics* 37, 433-455.

Teusch, Ulrich/ Kahl, Martin 2001: Ein Theorem mit Verfallsdatum? Der „Demokratische Frieden“ im Kontext der Globalisierung, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 8:2, 287-320.

Thomson, Janice E. 1994: Mercenaries, Pirates, and Sovereigns. State-Building and Extraterritorial Violence in early modern Europe, Princeton, NJ.

Van Evera, Stephen 1997: *Guide to Methods for Students of Political Science*, New York.

Vines, Alex 2000: Mercenaries, Human Rights and Legality, in: Musah, Abdel-Fatau/ Fayemi, J. Kayode (Hrsg.): *Mercenaries. An African Security Dilemma*, London, 169-197.

Wheeler, Nicholas J./ Dunne, Tim 1998: Good international citizenship. A third way for British foreign policy, in: *International Affairs* 74:4, 847-870.

Williams, Paul 2001: Fighting for Freetown. British Military Intervention in Sierra Leone, in: *Contemporary Security Policy* 22:3, 140-168.

Zarate, Juan C. 1998: The Emergence of a New Dog of War. Private International Security Companies, International Law, and the New World Disorder, in: *Stanford Journal of International Law* 34, 75-162.

Zunec, Ozren 2001: Operation Flash and Storm, in: Magas, Branka/ Zanic, Ivo (Hrsg.): *The war in Croatia and Bosnia-Herzegovina 1991-1995*, London, 67-83.

Zeitungen

die tageszeitung (taz)

Die Söldner des Pentagon, 22.4.2003: 5.

Ein Wachstumsmarkt für Söldner, 8.4.2004: 3.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Verdeckte Operationen, 19.5.1998: 16.

Söldnerfirmen für Friedenseinsätze, 27.3.2002: 12.

Das teure Schutzbedürfnis, 11.4.2002: 11.

Der Zins des Tötens, 6.8.2003: N3.

Die undurchsichtige Rolle privater Sicherheitsdienste, 4.5.2004:5

International Herald Tribune (IHT)

U.S. Use of Contractors In Drug War Is Queried, 19.5.2001: 3.

Private contractors step in for Pentagon, 14.10.2002: 11.

New York Times (NYT)

How Events Drew U.S. into Balkans, 19.8.1995: A1.

Aid to Bosnia: A Secret U.S. Plan and Its Repercussions, 26.4.1996: A6.

The Guardian

Sierra Leone deal shows limits of British power, 8.5.2000: o.S.
 No combat role for British troops, says Cook Tuesday, 9.5. 2000: o.S.
 British troops in stay or leave dilemma, 10.5.2000: o.S.
 Making a drama out of an African crisis, 10.5.2000: o.S.
 Annan disparages UN efforts in Sierra Leone, 13.5.2000: o.S.
 Pressure on Cook to spell out UK role, 15.5.2000: o.S.
 In the line of fire, 15.5.2000: o.S.
 Four die in first clash with British, 18.5.2000: o.S.
 Britain must clarify Sierra Leone mission, say Tories, 22.5.2000: o.S.
 A job still to be done, 23.5.2000: o.S.

The Observer

Invisible U.S. Army Defeats Serbs, 5.11.1995: 25.
 Britain's only mission is to protect imperilled humanity, 14.5.2000: o.S.

The Times

Rebels face suspension by Commonwealth, 29.5.1997: 4.
 Annan hints at use of force to topple Sierra Leone coup, 5.6.1997: 17.
 African Abyss, 11.6.1997: 19.
 Dear Foreign Secretary, 9.5.1998: o.S.
 Labour's expensive African albatross, 8.5.2000: 15.
 Somalia Revisited, 9.5.2000: 19.
 Stuck in the mire of the white man's burden, 10.5.2000: 10.

Washington Post (WP)

U.N. Agreement Near on Getting Aid to Bosnia, 10.8.1992: A12.
 U.S. Helps Bosnian Army Get Arms, Europeans Say, 28.7.1995: A32.
 U.S. Firm Exports Military Expertise, 11.8.1995: A1.

Sonstige

Generals for hire, Time Magazine, 15.1.1996: 34.
 Milde Folgerungen aus der Sierra-Leone-Affäre, NZZ, 29.7.1998: 3.
 Private military to monitor pullout, The Sydney Morning Herald, 2.11.1998: o.S.
 Labour's 'ethical' foreign policy facing its biggest challenge, The Daily Telegraph, 8.5.2000: o.S.
 L'Armée américaine fait de plus en plus appel au secteur privé, Le Monde, 12.2.2002: 18.
 Rent a Soldier. Die Privatarmeen des Pentagons, Spiegel Online, 28. 3.2003.
 Privatkrieg auf Staatskosten, Der Spiegel, 3.5.2004, 132-144.